

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1913**

7 (9.1.1913)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 76 s, vierteljährl. 2,26 M; abgeholt monatl. 85 s; am Postkasseler 2,10 M, durch den Briefträger 2,52 M vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2860. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, oder deren Raum 20 s. Postanweisung Nr. 128. Schlus d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Co., Karlsruhe.

### Reichstag.

Der Reichstag, der am Mittwoch wieder zusammentrat, kann in wenigen Tagen seinen ersten Geburtstag feiern. Doch wahrlich nicht mit Hochgefühl erinnert sich die bürgerliche Mehrheit jener Tage des Januar 1912, die der Sozialdemokratie ihren gewaltigen, alle Erwartungen übertreffenden Erfolg brachten. Daß die schwarzblauen Parteien nicht gerne der Wahlen gedenken, bei denen sie die Herrschaft in der deutschen Volksvertretung verloren, ist menschlich begreiflich. Aber, weil es ein Trost für Unglückliche ist, Gefährten ihrer Leiden zu haben, bliden sie mit kaum verhehlter Genugtuung auf die nationalliberale Partei. Auch sie hat es noch nicht gelernt, sich im neuen Reichstag so recht wohl zu fühlen. Die Hoffnung, daß sich sämtliche Leidtragende der vorjährigen Januarwahlen zu einer sogenannten Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden, und daß die schwarzblauen Parteien auf diese Weise, mit Hilfe der Nationalliberalen, ihre Herrschaft wieder aufzurichten, ist noch nicht geschwunden. Und so soll erreicht werden, daß die Wahlen und der in ihnen zum Ausdruck gelangte Wille der Wähler auf den Gang der deutschen Politik seinen Einfluß ausüben, der den Geschlagenen vom Januar 1912 mißfällt.

Die ganze deutsche Politik ist nichts als ein kunstvolles System, ausgedacht und errichtet zu dem Zweck, dem Volkswillen jede Geltung zu verjagen. Intrigieren Schwarzblau und Altliberale miteinander, um durch allerhand Parteischiebungen den Wahlkreis nach links wieder wertzumachen, so sehen die von Breußen geführten verbündeten Regierungen ihre Hauptaufgabe darin, die Bedeutung der Volksvertretung im deutschen Verfassungsleben so tief wie möglich hinunterzudrücken. Man kann ja wohl nichts dagegen tun, daß zur Schaffung von Reichsgesetzen die Mitwirkung des Reichstages notwendig ist, aber das Parlament soll niemals und nirgends die Führung haben, es soll nichts anderes sein als ein einseitiges nicht zu umgehendes Hilfsorgan der regierenden Bureaucratie. Seine positive Arbeit soll sich darauf beschränken, die Beschlüsse der Regierungen anzunehmen, während unangekündigt jeder Anregung seiner Mehrheit und ihren Beschlüssen ein planmäßiger und konsequenter Widerstand geleistet wird.

Man braucht nur an die Duellfrage, die Jesuitenfrage, die Frage der Besitzsteuer erinnern, um zu erkennen, wie in vielen wichtigen Fragen nicht mit dem Reichstag, sondern geradewegs gegen den Reichstag gearbeitet wird. Jeder Mehrheitsbeschluss, an dem die Sozialdemokratie beteiligt ist, wird grundsätzlich mißachtet, jedes Minderheitsvotum, hinter dem die Konservativen stehen, hat aber auf die angestrichelte Verantwortlichkeit seitens der verbündeten Regierungen zu rechnen.

So hat die Fraktion der Hundertzehn auf einem überaus schwierigen Terrain zu kämpfen. Sie muß einmal mit dem Bestreben der Schwarzblauen und des rechten Flügels der Nationalliberalen rechnen, sie in allen Fragen auszuscheiden und zu isolieren. Sie muß aber auch weiter darauf gefaßt sein, daß ihr selbst dort, wo es ihr gelingt, eine Mehrheit um sich zu gruppieren, der positive Erfolg verfliegt bleiben wird, da die Regierungen einen solchen mit ihrer Hilfe gefaßten Mehrheitsbeschluss nach Möglichkeit ignorieren. Die Möglichkeit erfolgreicher Aktion bleibt für sie auf ein sehr enges Gebiet beschränkt. Sie kann unter Umständen, vorkonventionelle Gesetzesvorläufe zu Fall bringen, und sie kann in notwendige, von der Regierung selbst eingebrachte Gesetze nützliche Bestimmungen hineintragen helfen — freilich auch nur mit der Gefahr, daß dann der Bundesrat das Ganze an diesen Änderungen scheitern läßt.

Wo die Sozialdemokratie nicht die Ablehnung schlechter Gesetze herbeiführen oder Regierungsvorlagen verbessern kann, da bleibt sie im wesentlichen auf die agitatorische Tätigkeit beschränkt. Auch ihre Anträge, die in allen anderen Fällen entweder an den Klippen der bürgerlichen Mehrheit oder im Bundesrat scheitern, dienen mehr zur Markierung ihrer grundsätzlichen Stellungnahme als den positiven Zwecken der Gesetzgebung. Dadurch hören sie natürlich nicht auf, nützlich und notwendig zu sein, denn einmal dienen sie dazu, das herrschende System zu demaskieren, zum andern leisten sie auch gedehliche Vorarbeit für eine Zukunft, in der man der Stimme der Völker in höherem Maße Gehör schenken wird, als man es jetzt noch nötig zu haben glaubt. Nehmen wir, als einer von vielen, nur das kleine Beispiel der Herabsetzung der Altersversicherungsgrenze, für die sich die sozialdemokratische Fraktion mit feierlicher Eifer einsetzt. Der Tag wird kommen, an dem die Regierung selbst diese Herabsetzung wird beantragen müssen, wo der Reichstag sie zum Beschluss erheben wird, und dieser positive Gesetzesbeschluss wird dann ein Erfolg der sozialdemokratischen Agitation sein. Oder erinnern wir uns an die im vorigen Reichstag erfolgte Verbesserung der Soldatenlöhne, die ohne die Sozialdemokraten noch lange nicht Gesetz geworden wäre.

Daß dieser mühsam erkämpfte Schredenfortschritt den vorwärts drängenden Wünschen der Massen nicht genügen kann, ist selbstverständlich. Es wäre wahrlich schlimm, wenn sich das Volk mit dem Reichstag, wie er ist und wie er arbeitet, zufrieden geben wollte. Nur muß die berechtigten Unzufriedenheit den wahren Grund dieses unbefriedigenden Zustandes erkennen, und der liegt darin, daß der

Reichstag noch kein Parlament im europäischen Sinne ist und daß 110 immer noch bedeutend weniger sind als 287!

Das dem Reichstag von der Regierung vorgeschriebene Penum umfaßt außer der Fertigstellung des Etats vor allem das Petroleummonopol, die Reform der Konkurrenzklauel und das vom vorigen Jahr restierende Gesetz über die Reichsangehörigkeit, außerdem einige kleinere Vorlagen. Dazu wird noch — zur Abwechslung — eine neue Militärvorlage kommen. Was aus der Besitzsteuer werden soll, schwebt dagegen noch völlig im Dunkel.

Außerdem will sich der Reichstag die Zeit nehmen, einige Initiativanträge der Fraktionen zu beraten, von denen der Wahlrechtsantrag der Sozialdemokraten der erste, der Jesuitenantrag des Zentrums der zweite sein soll. Wird der erste Gelegenheit geben, das preußische Wahlrechtselend und die ähnlichen Zustände kleinerer Bundesstaaten ausführlich zu erörtern, so wird der zweite für die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse nicht ohne Wichtigkeit sein, weil er das Zentrum nötigen wird, seine Karten etwas weiter als bisher aufzudecken. Wahrscheinlich ist, daß der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengeetzes angenommen und dann vom Bundesrat zu ähnlichen Beschlüssen in die Schublade gelegt werden wird. Gätte das Zentrum für die Demokratisierung der Zustände im Reich und in den Einzelstaaten gekämpft, so wären alle Jesuitenlöcher schon längst erledigt! So wie die Dinge jetzt liegen, besteht aber die Gefahr, daß dieser Kram den Reichstag mehr beschäftigen wird, als seiner eigentlichen Bedeutung entspricht. Das Volk hat andere Nöte und Sorgen, und für sie wird es nicht im Zentrum seinen Fürspruch finden, sondern in der sozialdemokratischen Fraktion.

### Dividenden, „dämpfung“.

Für das Jahr 1912/13, in dem alle Montanunternehmungen eine glänzende Rentabilität aufzuweisen haben, nimmt die Flieder Hütte eine Dividendenreduktion von 26 Prozent auf 26 Prozent vor. Nun gehört die Flieder Hütte zu den gewinnreichsten Eisenunternehmungen Deutschlands; es wäre wunderbar, wenn dieser Dividendenrückgang wirklich einen Gewinnrückgang darstellte. In Wirklichkeit ist diese Herabsetzung der Dividende sorgsam vorbereitet; die Flieder Hütte erhöhte im Sommer 1912 ihr Aktienkapital von 10 auf 15 Millionen Mark, es partizipieren an der Dividende diesmal 15 Millionen Mark, während an der Dividende im Vorjahre nur 10 Millionen Mark teilnahmen. Für 1911 hatte die Dividende eine Erhöhung von 33% auf 36 Prozent erfahren, die in den Vorjahren gezahlten Dividenden von 33 1/2 Prozent waren auch schon das Ergebnis einer Dividenden-„dämpfung“, einer reinen rechnungsmäßigen Herabdrückung der Dividende, wie sie auch durch die letzte Kapitalerhöhung beabsichtigt wurde. In der Bilanz der Gesellschaft stehen die Anlagen mit rund 39 Millionen Mark zu Buche; die Aufwendungen dafür sind fast völlig aus den Rückstellungen der Gesellschaft genommen worden. Der Flieder Hütte gehört ferner das Keiner Walzwerk; die 6 Millionen Mark Aktien dieses Unternehmens stehen mit 5 317 Millionen Mark zu Buche. Die Dividenden-„dämpfung“ erfolgt in der Praxis zumeist, wie es in der Unternehmenssprache heißt, „um dem Reid der Arbeiter den Boden zu entziehen“. Oft soll durch die Dividenden-„dämpfung“ auch die weitere Öffentlichkeit über die Höhe der wirklich erzielten Gewinne getäuscht werden.

### Die Mongolei in den Händen Rußlands.

Unter dem Schutze der geräuschvollen Ereignisse im nahen Orient, die alle Aufmerksamkeit der Welt fesselten, hat sich im fernen Ostasien still ein neuer Akt der russischen Orientpolitik vollzogen. Ganz Sibirien ist in Rußlands Händen und die Gebiete zwischen Kaspiischem Meer und Aralsee. Westlich des Kaspiischen Meeres hat es seine Grenzen bis über den Aras vorgeschoben und wirkt weiter südwärts nach dem armenischen Kleinasien und Persien. Inmitten des vorigen Jahrhunderts hat es in unterbrochenem Kriegszuge das ganze zentralasiatische Wunderland bis an die persische und afghanische Grenze im Süden, die chinesische im Osten sich untertan gemacht. Seit mehr als einem Jahrhundert haben russische Kubel, Kanonen und Galgen die russische Herrschaft in Zentralasien gegründet und gefestigt. Im äußersten Osten fand es an der überlegenen Militärmacht Japans eiserne Schranken. Afghanistan dient England als selbständiger Pufferstaat zwischen Indien und der russischen Grenze. Persien verdankt es demselben Umstände, daß die zarische Raubpolitik ihm noch nicht ganz den Garaus gemacht hat. — Bleibt das chinesische Reich.

Bereits 1878 hatte Rußland die westliche Dzungarei und die bedeutende Stadt Kuldtscha besetzt. Aber auf Drängen Englands, das den russischen Eroberungszügen nach Turkestan, Buchara und Kofan mit protestierender Eifer nachfolgt war, gab es drei Jahre später dieses Gebiet wieder heraus und zog sich über die chinesische Grenze zurück. Seitdem haben sich die Zeiten gründlich geändert. Der russisch-englische Gegensatz in Asien ist auf

Afghanistan und Persien beschränkt. China ist an drei Punkten von Rußland, England und Japan zugleich in Angriff genommen worden. Rußland taufte seine Absichten auf Tibet, das große westliche Nebenreich Chinas, das es England überließ, gegen volle Aktionsfreiheit in der Mongolei ein. Japan nahm sich dafür das „Recht“ auf die Mandtschurei.

Der russische Kubel rollte unter den mongolischen Fürsten, um ihre Freundschaft und damit den nördlichen Vorposten Chinas aufzukaufen. Bei diesen einfachen Naturen kein schweres Stück. Nachdem die unwissenden Mongolenkubel besetzt und zu Freunden gemacht waren, setzten die Diplomaten der asiatischen Abteilung des Ministeriums des Äußern ein. Die chinesische Regierung, vollbeschäftigt mit der inneren Neuordnung, mußte ohnmächtig die künstliche Erweckung und rasche Steigerung des primitiven mongolischen Nationalstolzes mitansehen und sich auf papierene Proteste beschränken. Die Dinge gingen ihren Lauf. Am 3. November 1912 erkannte Rußland die Autonomie der Mongolei an und unterzeichnete einen Handelsvertrag mit der mongolischen Regierung. Die russische Regierung verpflichtete sich in dem ersten, bisher geheim gebliebenen dieser Akte, die Errichtung der Autonomie der Mongolei aktiv zu fördern. Dafür erhielt sie folgende wichtige Gegenleistungen: freie Handelsübung an allen Orten ohne Zollschranken; das Recht, Kreditinstitute zu gründen und Ländereien zu erwerben; das Recht, dort eigene Gerichtsbarkeit zu organisieren, Postanstalten zu eröffnen, kurz alle kolonialen und Verwaltungsbefugnisse, die nunmehr China verweigert werden. Damit ist die Autonomie zur vollen Souveränität gewachsen, natürlich „Souveränität“ unter russischem „Schutze“. Dem, daß diese neubegründeten wichtigen Interessen Rußlands zu ihrem Schutze in der noch völlig unorganisierten Mongolei russische Truppen detachements nach sich ziehen werden, ist sonnenklar. Die Anlässe zur Herbeiziehung der Okkupationstruppen „liefern“, wie in Nordvietnam, die russischen Agenten. Und da hier nicht die Neutralität Englands, sondern eher dessen Einderständnis in Frage kommt, kann man sich im Geiste einwirken den südlichen Rand der großen Wüste (Gobi) mit russischen Grenzpfählen garniert vorstellen.

Die junge chinesische Republik sieht sich dadurch natürlich von neuem in ihren Rechten bedroht, durch dieselbe russische Autokratie, die ihr im Vorjahr ein Ultimatum sandte, weil sie sich der Erneuerung des für China unvorteilhaften und erniedrigenden Handelsvertrags von Kuldtscha widersetzt. Die kriegerische Draufgänger der russischen Regierung wurde damals nur durch den Druck Englands und Frankreichs gebremst. Demals ließ sich mit Gewalt nichts machen. So arbeitete man im letzten Jahre hinter den Kulissen. Mittlerweile hatte man sich mit England über die Haltung zu China verständigt, ebenso durch Katurra mit Japan. Auf eine die mongolische Frage betreffende Interpellation im englischen Unterhause sagte Sir Edward Grey, daß die russisch-mongolische Vereinbarung die souveränen Rechte Chinas nicht verletze. Die mongolische Autonomie habe bereits vor der Unterzeichnung des Vertrags tatsächlich bestanden. Demgegenüber stellt die „Tribune Russe“ fest, daß das russische Regierungsorgan „Nowoje Wremja“ keineswegs verheimlicht hatte, daß die alleinige Tatsache der Unterzeichnung jenes Vertrags der Mongolei die Stellung eines souveränen Staates gegeben habe.

Der erste Schritt zum Protektorat Rußlands über die Mongolei ist getan. Sir Edward Grey wusch sich die Hände in Unschuld. In Tibet aber rühten am Jahreschluss einige hundert Soldaten aus Indien ein, um — „den englischen Handel zu schützen“... Und zur selben Zeit wurde in der Mandtschurei, die Japans Teil an der Beute darstellt, eine neue Verdröpfung der Mandtschus gegen die chinesische Republik aufgedeckt.

Die Mongolei ist ein Hochland von etwa drei fünf- bis sechshunderttausend Quadratkilometer Fläche des deutschen Reiches, von der freilich ein großer Teil auf die Wüste entfällt. Trotz der sehr dünnen Bevölkerung (gegen drei Millionen) gibt es dort etwa 75 Millionen Schafe, 25 Mill. Pferde, 20 Mill. Hornvieh und 2 Mill. Kamele. Der Handel wird von Professor Bogolepoff auf 35—40 Millionen Rubel (76 bis 86 Mill. Mark) in der Einfuhr, 60 Mill. R. (180 Mill. Mark) in der Ausfuhr, die fast ausschließlich aus Wolle, Wolle und Fellen besteht, berechnet. Rußland setzt dort hauptsächlich Textilprodukte ab. In den letzten Jahren senken die Ziffern für die Einfuhr aus Rußland bedeutend, da die unter dem Schutze der Zollschranken aufgebauete russische Industrie dem Wettbewerb mit den billigeren Preisen der amerikanischen und englischen Konkurrenz nicht gewachsen war. Deren Erzeugnisse kommen durch Vermittlung chinesischer Händler, die dort eine unbeschränkte Herrschaft ausüben. Nach dem russischen „Finanzboten“ befreit die russische Textilausfuhr im Zollgebiete von Rußland einen Rückgang von 6891 Rub (zu 16,4 Kilogramm) i. J. 1904 auf 1672 Rub i. J. 1910. Die

Seite 8.  
f  
4549  
eff-  
ge-  
ffen,  
e bis  
von  
ein,  
es  
sile,  
das  
kel  
nd,  
ma-  
Auf  
von  
sta  
596  
inst  
ig,  
rbund  
6 9 Uhr,  
4553  
e  
reinfachung  
erkschafts-  
nd.  
en  
in  
25

russischen Industriellen befürchten, wahrscheinlich mit Recht, daß die Durchführung der von der chinesischen Regierung geplanten Eisenbahn von Urga i. d. Mongolei nach Agatsh die russischen Erzeugnisse vollends dem mongolischen Markt verdrängen würde, zumal der russische Handel nicht mehr die ihm im früheren Handelsvertrage von China eingeräumte Vorzugsstellung genießt.

Um also die interessierten Industriellen mit dem fortschrittlichen Absolutismus zu versöhnen und so ein wenig zur Beruhigung der unzufriedenen Bourgeoisie beizutragen, hat der Zarismus diesen Angriff auf chinesisches Gebiet unternommen und sich das Handelsmonopol in der Mongolei angeeignet. China ist dagegen heute machtlos. Es hat jetzt zu organisieren und seine Kraft zu sammeln. Aber dann? ... Vorausgesetzt, daß die umgebenden Staatesstaaten ihm die Zeit zur Neubildung seiner Kräfte lassen.

### Deutsche Politik.

**Der Kampf um das Mandat.** Der sich selbstamerweise noch immer zur Fortschrittlichen Volkspartei zählende und von dieser auch noch geduldige Abg. Eichhoff muß einen schweren Kampf um das ihm noch geliebte Landtagsmandat führen. Eine starke Strömung im Kreise will die Wiedererfüllung dieses wandelbaren Politikers hinterreiben und in seiner Not wandte er sich an den Führer der Fortschrittler, den Abg. Dr. Wiemer, der ihm auch den Gefallen tat, nach Solingen zu kommen und dort zu einer liberalen Wählerversammlung zu sprechen. Abg. Wiemer sprach das Wort für ein Zusammengehen aller liberalen Richtungen aus und scheint erreicht zu haben, daß der Widerspruch gegen die Kandidatur Eichhoff wesentlich abgeschwächt wurde. — Herr Eichhoff würde eigentlich gut tun, sich der freisinnigen Partei anzuschließen. Allerdings winkt ihm dort kein Mandat und ohne Mandat ist dieser politische Streiter zur völligen Einflußlosigkeit verurteilt. Trotz der anscheinend erzielten Einigkeit ist aber dennoch die Wiederwahl des Herrn Eichhoff ganz außerordentlich in Frage gestellt.

**Kulissenarbeit in Elsaß-Lothringen.** Die Parteiführer der bürgerlichen Parteien Elsaß-Lothringens wurden am Dienstagabend zum Statthalter zu einer Audienz befohlen, wo sie der Reihe nach beim Statthalter vorgelassen wurden, um über die Befolgungsvorlage und die augenblickliche Lage Elsaß-Lothringens zu verhandeln.

**Staatsgefährlicher Beifall.** Die Volksschullehrer im Großherzogtum Hessen hielten am 2. Januar in Darmstadt eine Landesversammlung ab, die sich mit dem gegenwärtigen Landtage vorliegenden Beamtenbefolgungsentwurf befaßte. Zu dieser Versammlung waren auch die Landtagsabgeordneten eingeladen. Sämtliche Fraktionen des Landtags waren der Einladung gefolgt und hatten Vertretungen entsandt, um ihre Genehmigung kund zu tun, den Wünschen der Lehrer gerecht zu werden. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abg. Busold die Zustimmung mit den Lehrentwürfen. Die Ausführungen sämtlicher Parteivertreter wurden von den Lehrern mit Genugtuung aufgenommen, nach den Ausführungen des Genossen Busold bezeichnet der Bericht: „Starker Beifall“. Dieser starke Beifall der Lehrer hat nachträglich die „ernstesten Bedenken“ des nationalliberalen „Darmstädter Täglichen Anzeiger“, des Organs des Abg. Dr. Diann, erregt. Das Blatt schreibt:

Wir bedauern den dem sozialdemokratischen Redner gespendeten Beifall auch im staatlichen Interesse auf das lebhafteste, denn die Tendenzen der Partei hätten den beifallspendenden Teil der Versammlung abhalten müssen, auch nur durch Zustimmungskundgebungen den Anschein hervorzurufen, daß dieser Teil den Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht abgeneigt sei.“

Die Lehrer haben also durch ihren Beifall die staatlichen Interessen des Hessenländchens gefährdet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Nationalliberalen durch diese Beifallsbezeugungen der Lehrer in ihrem an sich nicht liberalen Verlangen als Gegenleistung für ihre Lehrer- und Beamtenfreundlichkeit eben „gute Gesinnung“, wie kürzlich im Landtag ein ultramontaner Redner sein Eintreten für

die Lehrerschaft von dem religiösen Wohlverhalten derselben abhängig machte.

**Der Geistliche gegen den Geistlichen.** In der Merikalen zu M. Gladbach erscheinenden „Westdeutschen Landeszeitg.“ schlägt sich der große Volksvereinstheologe Dr. Meffert immer noch mit seinen geistlichen Brüdern in Christo herum. Auf den abgeschobenen Kaplan Schopen folgt der Pfarrer Pirchich in Mayen, der seinerzeit an einem von Meffert geleiteten Kursus des Volksvereins teilgenommen und dabei allerhand widerkatholische Kezereien beobachtet hat. In seiner Gegenwart hat Meffert das schon bekannte Wort gebraucht, daß Bismarck in späteren Zeiten vielleicht einmal kanonisiert, das heißt von der katholischen Kirche heilig gesprochen werden würde, und über diese noch andre Bedenkslichkeiten hat der Pfarrer dem ihm vorgesezten Bischof Korum von Trier Bericht erstattet. Dr. Meffert greift nun den Pfarrer sehr heftig an, dieser erwidert prompt und bezichtigt ihn in einer preßgesetzlichen Verichtigung, die er der „Westdeutschen Landeszeitung“ zugehen läßt, unter anderm der groben Fälschung. Meffert wiederum wirft dem Tonjurgenossen Spionage, tendenziöse Entstellung oder Fälschung, Denunziation und ähnlich geartete Lebenswürdigkeiten an den Kopf. Wir haben keine Veranlassung, diese gegenseitige Charakterisierung durch irgendwelche weitere Bemerkungen zu beeinträchtigen.

**Illes Nachfolger.** Als Sekretär der Handelskammer wird Dr. Schlenker nach Saarbrücken gehen. Auch er ist — wie könnte das bei einem Mann nach dem Herzen der saarbrückischen Scharfmacher anders sein! — ein scharffer Gegner der modernen Arbeiterbewegung. Dafür hat Schlenker in den zweiundneunzig Jahren, in denen er als Sekretär der Chemischer Handelskammer tätig war, Beweise erbracht. Mit dem Amte des Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken übernimmt Dr. Schlenker auch das Amt des Generalsekretärs des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie, der Süddeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, des Arbeitgeber-Verbandes der Saarindustrie und des Südwestdeutschen Verbandes zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen. Jedes der Ämter wird nicht um Gotteslohn verkehren. Um so überzeugter kann ein Mann, der diese besoldeten Ämter auf seinen Scheitel häuft, die Reichsverbandsliteratur genießen, die von den bezahlten Agitatoren handelt.

**Parteitag der elsäß-lothringischen Zentrumspartei.** Ginter verabschiedeten Liren versammelten sich am Dienstag in Straßburg die Merikalen Elsaß-Lothringens, um ihre Generalversammlung abzuhalten, auf deren Ausfall man sehr gespannt sein konnte. Mit kühnen Worten zog man auf dem Parteitag gegen die elsäß-lothringische Regierung los, die sich nicht ganz als Hörige des Zentrums betrachtet fühlte. Das Regierungssystem, das sich in der Angst vor Berlin und in der Angst vor der alldeutschen Gehe und dem evangelischen Volksempfinden äußere, müsse von der Partei in allen Instanzen zurückgewiesen werden. Trotz der Niederlage der Zentrumsler in der Budgetkommission in der Frage der Erhöhung der Geislichengelder werde man entgegen allen Beeinflussungsversuchen standhaft bleiben. — Auf dem Parteitag wurde ferner noch beschlossen, ein Parteisekretariat für Elsaß-Lothringen zu schaffen, dem im ersten Jahre von der Organisation 5000 Mark ausgestellt werden sollen.

### Ausland.

#### Italien.

Das „betrübete“ Tripolis. Sabah meldet, daß bei einem Kampf zwischen Italienern und Arabern am 1. Januar die Italiener einen Verlust von 280 Toten und Verwundeten hatten. Auf Seiten der Araber fielen 5 Mann, während 23 verwundet wurden.

#### Frankreich.

Wie der Präsident gewählt wird. Die Formen, in denen sich die Wahl des Präsidenten der französischen Republik vollzieht, sind seit den Tagen der Begründung der Republik stets die gleichen geblieben. Vom Wahntag Satun

Sagare in Paris setzt sich der endlose Wagenzug in Bewegung, der die Wähler nach Versailles bringt, wo die Wahl vorgenommen wird. Ein einfaches Frühstück zu 6 Franken, das in herkömmlicher Weise aus Roastbeef, gemischtem Salat, Kartoffeln, Maltisch und Kaffee besteht, leitet die Wahlhandlung ein, doch ist Umfang und Inhalt dieses Frühstücks nicht für einen starken Esser bestimmt, und so erzählt man sich, daß Loubet am Tage seiner Wahl zum Präsidenten außer diesem offiziellen Frühstück noch ein reichhaltiges und ausgewähltes Mittagessen zu sich genommen habe. Da sich nun der diesmalige Wahlkampf im Gegensatz zu dem letzten, in dem Herr Fallieres gewählt wurde, wegen der größeren Anzahl von Kandidaten nach allgemeiner Schätzung bis gegen Mitternacht ausdehnen dürfte, so hat man Vorzorge getroffen, daß im Laufe des Nachmittags die durch das lang bemessene Frühstück hervorgerufenen Läden ausgefüllt werden können. Nicht weniger als 500 Pfund Wälen, Schinken und Brot sind neben einem außerordentlich reichhaltigen Buffet bereitgestellt, und neben solchen Flaschen Sekt sind auch tausende von Flaschen Mineralwasser besorgt worden. Um 2 Uhr nachmittags beginnt die Sitzung an der 601 Abgeordnete und 300 Senatoren teilnehmen. Auf der Galerie befindet sich das diplomatische Korps und die Presse. Der Wahlgang als solcher ist einfach. Ein Saaldienner bringt die Urne, die vor dem Sitz des Präsidenten niedergestellt wird. Der Präsident befindet sich dann den Beginn des Wahlaufzuges. Einer seiner Schriftführer hat einen Korb mit Goldkugeln neben sich, ein anderer eine Art Schachtel, in welcher sich so viele Abteilungen befinden, als Kandidaten vorhanden sind. Jeder Wähler steigt nun die Stufen zum Sitz des Präsidenten empor, wirft einen Zettel mit seinem Namen in die Urne und die erhaltene Kugel in die Schachtel. Beim Ausgehen muß dann die Zahl der Zettel mit der der Kugeln übereinstimmen. Bei der Wahl von Felly faure erwiesene es sich, daß einem der Wähler die Kugel entfiel und in einen Winkel rollte, so daß sie nicht mehr gefunden werden konnte. Es mußte daher der ganze Wahlgang erneuert werden, da der Ausgang der Wahl von einer einzigen Stimme abhängen kann. Während des Wahlganges und der Stimmzählung ist in den Logen des Präsidenten ein lustiges, fast übermäßiges Treiben, das aber sofort verstummt, wenn die Glocke des Präsidenten die Verkündigung des Wahlergebnisses ertönt. Dann drängt alles in den Saal zurück und unter lautlosem Schweigen verläßt der Präsident: „Ich habe die Ehre, der Nationalversammlung das Ergebnis der Wahl des Präsidenten der französischen Republik mitzuteilen.“ Dann verliest er die abgegebenen Stimmen und fügt hinzu: „... (Name des Gewählten) hat die Mehrheit der Stimmen erhalten und ist zum Präsidenten der Republik gewählt worden.“

#### Portugal.

Zur Wählerliste. Der Führer der Evolutionspartei, Almeida, verzögerte darauf, das neue Kabinett zu bilden, mit Rücksicht darauf, daß die Abgeordneten der Partei der Unabhängigen sich einer Annahme und der Revision des Gesetzes über die Kulte widersetzen. — Alfonso Costa konterte mit dem Präsidenten der Republik und erklärte sich bereit, das neue Kabinett zu bilden.

### Badische Politik.

#### Entlassung von Eisenbahnbeamten.

Die Generaldirektion der Staatsbahnen hat am 1. Jan. eine große Anzahl nichtetatmäßiger Bahnbeamten, namentlich solcher im Baujahr des Dienst auf 1. Oktober 1913 gekündigt. Diese Dienstentlassungen stehen im Zusammenhang mit der Neuorganisation der bad. Staatseisenbahnen. Zwischen der Generaldirektion und den betz. Beamten besteht ein vertragsmäßiges Kündigungsverhältnis. Nach einer Blättermeldung handelte es sich um 123 Personen, wie wir auf Erkundigung hin erfahren, ist diese Zahl aber nicht richtig.

#### Fette Pfunde.

In der national. „Konstanzer Zeitung“ lesen wir folgendes Inferat:

Junger Mann für geistliche und sonstige Büroarbeit zu halbjährigem Eintritt gesucht. Gehalt monatlich 50 Mark.

Gr. Bezirksbauinspektion.

Dazu schreibt man der Freiburger „Volkswacht“ aus Konstanz: Wie selbst ein junger Mann mit 600 Mk. Jahresgehalt auskommen will, ist wohl ewiges Geheimnis der Gr. Bezirksbauinspektion, deren höhere Angestellte mit ihrem über 2000 Mk. betragenden Gehalt sogar den Privatarchitekten die Arbeit freitig machen, um ihr Ein-

### Die Heimfahrt.

Von Max Werner.

(Fortsetzung.)

Nach der Abentafel blieb der erste Maschinist etwas länger als gewöhnlich sitzen. Als sich die übrigen entfernt hatten, griff auch Stelzner nach seiner Mütze und trat vor Albert hin.

„Ihnen wird es zu wohl in der Messe?“ fragte er. „Als Albert sprechen wollte, winkte er ab. „Kein Wort! Ich will nichts hören. Sie haben an Passagiere Essen verpackt, das ist verboten. Sie sind gegen einen Schiffs- oceananten unhöflich gewesen; ich hoffe, daß so etwas nicht wieder vorkommt. Heute abend wischen Sie mal sämtliche Schübe für die Herren. Bis 9 Uhr haben Sie Dienst in der Messe und erwarten die Orders der Herren. Morgen früh schubben Sie die beiden Bäder, und zwar vor dem Kaffeetrinken. Dann machen Sie meine Kammer sauber, sowie die des Herrn Schaub. Auswischen, Messingzeug putzen und alles, was dazu gehört. Nachmittag werden die Bullenaugen blühblank gepußt. Alles verstanden?“

„Jawohl.“

Stelzner verließ den Raum. Albert sah dem Steward ins Gesicht: der lächelte aufmunternd.

„Bisshen viel auf einmal, die Arbeit langt für drei Mann; aber doch besser als in den Fezraum“ tröstete er. So dachte auch Albert. Arbeit schreckte ihn nicht. Um so schneller verging die Zeit. Aber er empfand doch die Demütigung, die ihm da ganz unverbient zuteil geworden war.

„Wer ist denn Herr Schaub?“ fragte er.

„Eben der Eisbar“, erwiderte der Steward. Das war nun die gefährlichste Stelle. Wenn ihn der Mann so weiter behandelte, dann war Albert imstand und beging eine große Dummheit.

„Jetzt mache alles, was dir geheißen ist“, drang der Steward in ihn, „ich werde dir helfen, wo ich kann, und ich hoffe, deine Strafarbeit wird nicht von langer Dauer sein.“

Albert ging ans Werk. Er holte die Schübe aus den Kammern zusammen und wuschte fest darauf los. Der dicke Bartsch und ein anderer Maschinist ließen ihre Schübe stehen und erleichterten etwas die Arbeit.

Kurz vor neun Uhr klingelte Stelzner und als Albert dessen Kammer betrat, wies er ihn an, die Messe abzuschließen und den Schlüssel jeden Abend in die Kammer des Herrn Schaub zu legen.

„Und zwar leise und ohne Geräusch, denn um diese Zeit schlafen die Herren der ersten Nachtwache.“

Albert tat, wie ihm befohlen. Er öffnete die Tür zur Kabine des Eisbären. Es war finster. Leise legte er den Schlüssel auf den Tisch und entfernte sich wieder. Müde, mühsam, großend über sein Mißgeschick ging er hinab in seine Kammer, um so schnell wie möglich im Schlaf alles zu vergessen. Aber hier unten ging es heute hoch her. Adolf, ein älterer Matrose, hatte Geburtstag und eine große Flasche Brantwein ging von Hand zu Hand. Selbst die Leute, die sonst um diese Zeit schlafen, weil sie um 12 Uhr wieder auf Wache mußten, zogen heute vor, auf den Schlaf zu verzichten, und huldigten dem „Köm“ in der Flasche.

„Sier, Steward, trink mal.“ Adolf reichte ihm die Flasche. Albert tat Bescheid.

„Was macht denn der Elefantsteward?“ fragte Adolf und die andern brachen in ein schallendes Gelächter aus. „Das ist ein ganz patenter Kerl und guter Kamerad“, sagte Albert mit kräftiger Betonung. Es ärgerte ihn, daß man sich über den Mann lustig machte.

„Ja, ja“, gab Adolf zu, „bloß ein bißchen geizig ist er. Was denkst du, was wir früher alles aus den Messen bezogen haben? Es bleibt doch auch genug übrig, die freien ja nichts, die Maschinisten. Bring doch mal eine ordentliche Portion mit runter; Fleisch, Schinken, Butter, wird alles dankbar angenommen.“

Albert zog es vor, heute zu schweigen. Er horchte nur halb auf die Geschichten und Anekdoten, die Adolf zum besten gab. Lang hingestreckt auf seinem Lager sehnte er das Ende dieser Abendstimmung herbei. Einige gingen

nach einmal an Deck, andere legten sich schlafen. Da auch die Flasche geleert war, so wurde es endlich ruhig und Albert wollte schlafen.

Da kam Moritz herein geschlichen. Er überreichte Adolf ein Paket, das dieser in seinen weiten Hosentaschen verschwinden ließ. Aus der Zeppe nahm er eine Büchse, die er ebenfalls Adolf reichte. Albert sah, daß es eine jener Büchsen war, in denen die kondensierte Milch aufbewahrt wurde. Beide flüsternten noch zusammen, Albert achtete nicht mehr darauf.

Am andern Morgen ging Albert an das Schrubben der Baderäume. Das war keine leichte Arbeit. Die Steinfliesen des neuen Schiffs sollten immer sauber aussehen. Die Maschinisten brachten viel Öl an den Schüben mit, wenn sie aus dem Maschinenraum kamen und badeten. Es mußte verhindert werden, daß sich dieses Öl fest ansetzte und so erforderte es viel Kraft und Mühe, den Boden zu reinigen. Er schwitzte am ganzen Körper, als er gegen sechs Uhr in die Messe trat, um Proviant zu holen.

Die Kammern waren schnell besorgt. Nur war es eine unangenehme Sache, die Decken und Fußläufer Draußen auf dem Deck zu reinigen. Das frohe Gelächter der Passagiere klang ihm wie Hohn in die Ohren. Er wagte nicht aufzublicken und glaubte, die Männer und Frauen hätten weiter nichts zu tun, als auf ihn zu sehen und ihn zu verspotten, der „frei und unabhängig“ von Amerika heimkehren wollte, und nun putzte und schrubhte und froh sein mußte, daß er nicht unten im Fezraum schmachtete.

Als er einmal in der Wischendeckfläche heißes Wasser holte, fielen ihm auch wirklich zwei junge Mädchen ins Gesicht; es hätte nicht viel gefehlt, so hätte er ihnen das Wasser über die Köpfe geschüttet.

„Bin dir gar so gut, komm dich leiden“, fangen sie ihm nach.

Der dicke Oberkopf lächelte Albert an, als er wieder Wasser holte.

„Die haben sich verquert“, schmunzelte der Dicke, „nehm men Sie sich in acht, die brechen alle Herzen, die Nachzügler.“

Kommen bei den teuren Zeiten zu erhöhen. Und Herr Landeskommissar Straub hat unlängst die Naturalisation eines Russen mit der Begründung abgelehnt, daß ein Einkommen von 1600 M. nicht genüge, um eine etwa fünfköpfige Familie rechtchaffen zu ernähren und durchzubringen. Wir sind natürlich der gleichen Meinung und verstehen es deshalb nicht, daß eine staatliche Behörde um derartige Hungerlöhne Arbeitskräfte sucht und sind es auch nur „junge“ Leute; die Bedürfnisse ans Leben sind bei ihnen vielleicht in stärkerer Maße vorhanden wie bei alten. Wie wir nachträglich erfahren, haben sich für die fette Pfunde mehrere Leute gemeldet — ein Beweis der Not.

**Wader droht.**

Ueber die Stellung des Zentrums zur Reichsregierung äußerte sich der badische Zentrumsführer, Geißl. Rat Wader, in einer in Essen am Sonntag abgehaltenen kirchlichen Protestversammlung gegen das Jesuitengesetz. Er sagte, das Zentrum habe und werde eine starke Position behalten, die nicht abhängig sei vom Bundesrat oder vom Reichstanzler. Dagegen sei die Position des Reichstanzlers weder eine sichere noch eine starke, wohl aber abhängig vom Zentrum. Wenn er daran nicht glauben will, so muß man ihn einladen, das Schicksal seiner Vorgänger im Amte etwas zu erwägen. Der Reichstanzler habe sich warnen zu lassen, aber nicht dem Zentrum eine Warnung zu geben.

Geht waderlich. Herr v. Bethmann-Hollweg wird diese Drohung aber kaum ernst nehmen.

**Wie's gerade paßt.**

Der Mannheimer „Generalanzeiger“ gibt folgende interessante Erinnerung zum besten:

Wir führen den freundlichen Leser in das Jahr 1906. Es handelte sich um die Frage der Einweisung der Lehrer in den Gehaltsstuf. In Karlsruhe fand eine große Lehrerversammlung statt und es entstand das Gerücht, der Staatsminister habe infolge der Versammlung eine Zulage gemacht bezüglich der weitergehenden Wünsche der Lehrer. Dieses Gerücht regte das belanntlich nicht wenig lehrerfreundliche Zentrum ganz außerordentlich auf und so schrieb denn der „Bad. Beobachter“ am 26. Februar 1906:

„Wir können nicht recht glauben, daß unter neuen Uera in Baden Demonstrationen stattfinden, die zu dem ausgesprochenen Zwecke, einen Druck auf die Regierung auszuüben, solche Wirklungen hervorbringen können. Das wäre eine schiefe Ebene für eine Regierung.“

Heute versucht das Zentrum mit seinen Demonstrationenversammlungen für die Aufhebung des Jesuitengesetzes dasselbe, wie die Lehrer im Jahre 1906. Oder täuschen wir uns? Spielt das Zentrum nur Komödie?

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, 8. Januar.

Präsident Dr. Raempf eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 10 Min. und wünscht den Abgeordneten beim Wiederbeginn der Parlamentsstätigkeit ein gesegnetes neues Jahr und erfolgreiche Arbeit. Er verliest dann das Danktelegramm des Prinzregenten Ludwig von Bayern für das Weileidtelegramm des Reichstags aus Anlaß des Hinscheidens des Prinzregenten Luitpold.

Weiter gibt der Präsident bekannt, daß die Präsidenten der bayerischen Kammern, der Reichsräte und der Abgeordneten, sowie Ministerpräsident Frhr. v. Hertling dem Reichstag gedankt hätten für seine Weileidbezeugung. Sodann gedenkt er des Hinscheidens des Staatssekretärs v. Riederlen-Wächter, der zweieinhalb Jahre lang unter schwierigen Verhältnissen das Auswärtige Amt geleitet und dem Vaterland große Dienste geleistet habe.

Das Haus erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Nach weiteren geschäftlichen Mitteilungen beschließt das Haus, die Genehmigung zur Einleitung einer Privatklage wegen Verleumdung des Abgeordneten Hestermann nicht zu erteilen.

erteilen. Es folgt die Interpellation der Sozialdemokraten über den

**Wagenmangel im Ruhrgebiet.**

Abg. König (Soz.)

Begründet die Interpellation: Der Wagenmangel besteht andauernd fort. Er sei geradezu eine deutsche Kalamität geworden. Das Reichseisenbahnnetz habe die Pflicht, einzuzureisen und das Nötige zu veranlassen. Es fehlen immer noch über 5000 Wagen. Die Zulage des preussischen Handelsministers, Hilfe zu schaffen, hat sich nicht erfüllt. Alle deutschen Arbeiter sind aber daran interessiert, denn die Kohlenversorgung des Reiches leidet z. B. sehr stark unter dem Wagenmangel. Vor allem leidet die Arbeiterchaft, die infolge des Mangels an Betriebsmaterial unfreiwillige Feiertage machen muß, insbesondere im Ruhrgebiet. Dies hat zu unglücklichen Eingaben an Reichstag, Bundesrat und Kaiser geführt. Schon in normalen Zeiten langten die Betriebsmittel, z. B. in Schlesien, nicht aus, wie viel weniger in Zeiten angespannter Konjunktur? Die Lohnverluste der Arbeiter belaufen sich, wie der Redner in breiten Ausführungen an Hand von Statistiken nachzuweisen versucht, auf viele Millionen. Die Vergherren aber machen ein Geschäft daraus, indem sie die Kohlenpreise in die Höhe treiben. Der Kapitalismus machte also wieder ein Geschäft zumgunsten der Arbeiter. Der Ausbau der Bahnanlagen und der Bau von Wagen und Lokomotiven, sowie die weitere Vergrößerung des Personal sind absolute ungenügend gewesen in den letzten Jahren. Das ist von Sachleuten nachgewiesen worden. Auch die Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus hat daran nichts geändert. Infolge des Wagenmangels hat jede Regelung der Arbeitslage verfehlt. Die Veruche, durch Ueberstunden wieder herauszuholen, was in Feiertagen vorher verabsäumt worden war, sind völlig ungefällig. Klagen über Klagen sind darüber laut geworden. Es heißt ja auch, daß für politische Kombinationen Wagen reserviert worden seien und daß dadurch der Wagenmangel zum Teil entstanden sei. Wir verlangen darüber Aufklärung. Wie wird es aussehen, wenn in Kriegzeiten die Mobilisation eintreten soll, wenn jetzt schon ein solcher Wagenmangel herrscht? Die Eisenbahnverwaltung trägt die Schuld im Rahmen der preussischen Eisenbahnverwaltung. Erst wenn das preussische Wahlrecht verbessert ist, wird die Regierung richtig zur Verantwortung gezogen werden können. (Beifall links.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Wadersapp: Der Eisenbahnminister hat sich im preussischen Landtag und an Ort und Stelle den Interessenten gegenüber wiederholt über den Wagenmangel ausgesprochen. Die Wagennot und die wirtschaftliche Schädigung ist in erster Linie eine preussische Landesangelegenheit. (Sehr wahr!) Auf Einzelheiten kann deshalb hier nicht eingegangen werden. Als Ursache für die Kalamität wird angeführt der angebliche Personenmangel im Ruhrgebiet. Das ist nicht zutreffend. Die Stellung von Wagen ist in den letzten Monaten des vergangenen Jahres erheblich besser geworden als vormals. Daß sie immer noch nicht ausreicht, liegt in der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Wortwurf, daß die Verwaltung nicht genügend vorgeplant habe, ist durch nichts begründet. Die Kalamität wurde dadurch vergrößert, daß sich die Verkehrssteigerung nicht auf den ganzen Gebiet, sondern sprunghaft in einzelnen Revieren zeigte. Die Verwaltung ist auf den Ausbau der Bahnhöfe und der Gleisanlagen stetig bedacht. Weitere Maßnahmen zum Ausbau des Eisenbahnnetzes in den in Frage kommenden Gebieten sind in Aussicht gestellt worden wie auch die beschleunigte Fertigstellung von größeren Umbauten. Auch Neuanlagen von Bahnhöfen sind in größerem Umfang geplant. Aus al dem ergibt sich, daß die preussische Eisenbahnverwaltung mit Ernst bemüht ist, für die Zukunft Abhilfe zu schaffen.

Auf Antrag des Abg. Haas-Königsberg (Soz.) findet W spr e ch u n g der Interpellation statt.

Abg. Well (Zentr.): Die Industrie hat mit der Verkehrssteigerung schon längst gerechnet. Die Betriebsausgaben der Eisenbahnverwaltung entsprechen bei weitem nicht den Betriebs-einnahmen. Zu fordern ist die vollständige Trennung des Güter- und Personenverkehrs, der Bau von neuen Bahnhöfen aus dem Ruhrrevier und eine entsprechende Vermehrung des Wagen- und Lokomotivmaterials, eine zweckentsprechende Güterwagen-Gemeinschaft und eine mögliche Vereinfachung im Wege der Verfländigung unter den Bundesstaaten ist anzustreben.

Abg. Schmalbach (natl.): Auch die Betriebssicherheit hätte in diese Interpellation einbezogen werden sollen. Im In-

teresse der eigenen Wirtschaftlichkeit hätte die preussische Eisenbahnverwaltung rechtzeitig für den Ausbau des Wagenparks sorgen müssen. Der Staat muß seine Einrichtungen den Ansprüchen des Verkehrs anpassen. Der rein fiskalische Standpunkt darf in Verkehrsfragen nicht herangezogen werden. Der durch die Uebelstände hervorgerufene wirtschaftliche Schaden ist sehr groß. Wir erwarten bestimmt, daß jetzt mit allen Mitteln der Wiederkehr solcher Zustände vorgebeugt wird. Auch in finanzieller Hinsicht ist dies erforderlich. Sollte die Verwaltung aus militärischen Gründen Wagen reserviert haben, so vermögen wir ihr daraus keinen Vorwurf zu machen. (Bravo!)

Abg. Graf Ranig (Lons.): Auch wir bedauern die durch den Wagenmangel hervorgerufene wirtschaftliche Schädigung, insbesondere auch die der Arbeiterchaft. Wir vermögen uns aber einer allgemeinen Erörterung nicht anzuschließen. Preußen besitzt das dreifache Quantum an offenen Güterwagen im Vergleich zu dem Wagenpark der übrigen Eisenbahnverwaltungen. Der Wortwurf, daß Preußen mit der Betriebsmittelvermehrung nicht auf der Höhe sei, ist nicht gerechtfertigt. Der Dortmund-Ems-Kanal hat die Erwartungen nicht erfüllt.

Abg. Dove (Fortf. Rpt.): Bei dem Wagenmangel zeigt sich wieder der organisatorische Fehler unserer Verwaltung, insofern wir keine genügend starke Instanz haben, um die Interessen des allgemeinen Verkehrs gegenüber dem Eisenbahnministerium durchzusetzen. Wir müssen nach wie vor die Schaffung eines Reichseisenbahngesetzes fordern.

Weiterberatung morgen Donnerstag nachmittags 1 Uhr. Außerdem Wahlprüfungen, kleinere Vorlagen — Schluß 6,45 Uhr.

**Soziale Rundschau.**

\* Lörrach, 7. Jan. Kurzeit werden die Erlaubnisarten zur zollfreien Einfuhr von Nahrungsmitteln von Riechen über die Grenze vom Bürgermeisterrat ausgestellt. Wie viele Leute von dieser Einfuhr Gebrauch machen, geht nach dem „West. Boten“ daraus hervor, daß am ersten Tage über 600 solcher Karten ausgestellt wurden und einige Tage für die Ausgabe, und zwar in der Turnhalle der Michaels-, bezogen werden mußten.

**Aus der Partei.**

Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. Mit diesem Titel erscheint in einigen Tagen ein Buch aus der Feder der Genossin Rosa Luxemburg im Verlage der Buchhandlung Sozialist. Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68. Preis broschiert 6 M., Halbband 8 M. Der Verlag schreibt uns über den Inhalt das Folgende:

„Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besonderen Gehebe der kapitalistischen Produktion eingefügt. Die Arbeit ist vorwiegend theoretisch-ökonomischen Inhalts, gibt aber zugleich eine historische und kritische Darstellung des Problems, das die Nationalökonomie seit jeher aufs lebhafteste beschäftigt. Angesichts der Herrschaft und Mannigfaltigkeit der Tagesgeschichte wird es zur dringenden Notwendigkeit, die tieferen Triebfedern und die großen Richtlinien der imperialistischen Entwicklung ins Auge zu fassen. Diesem Zwecke soll das Buch dienen. Es zeigt neben der ökonomischen Funktion des Imperialismus auch die Schranken seiner Wirksamkeit und seiner Erstens.“

Bestellungen nehmen jetzt schon alle Buchhandlungen entgegen.

Korshelm, 7. Jan. Mit der Jahresversammlung am Samstag abend im „Bauhof“ schon frühzeitig (1/2 12 Uhr) begonnen werden. Die beiden Arbeiterschaft und Turnvereine haben, wie alljährlich, ihre Mitwirkung zugesagt und ist ein reichhaltiges Programm abzuwickeln. Die Festrede hält Genossin Fischer aus Karlsruhe. Wir möchten gleichzeitig die Bitte an die Teilnehmer richten, den Besuch dieser Veranstaltung mit Kindern möglichst zu vermeiden, da belanntlich die hiesigen Saalverhältnisse diesen Wunsch dringend rechtfertigen.

Wörsbach, 7. Jan. In einer am Sonntag, 12. Januar, im Gasthaus zum „Schwanen“ stattfindenden öffentlichen Versammlung wird Landtagsabg. Gen. Kolb aus Karlsruhe über das Thema „Die politische Lage im Lande und im Reich“ sprechen. Da die Arbeiterchaft schon lange den Wunsch aus-

**Theater, Kunst und Wissenschaft.**

Unser Theater- und Konzertreferent, Herr B. Schumann, nimmt mit heutigem Tage nach längerem Krankenfein seine Tätigkeit wieder auf, wir freuen uns über seine vollständige Genesung. Herr Schumann und wir möchten nicht verfehlen, an dieser Stelle dem liebenwürdigen Kollegen und „i. V.“-Vertreter für seine uneigenmächtige Hilfsbereitschaft und Unterstützung unseren aufrichtigen, besten Dank auszusprechen.

Konrad Dreher-Abend. Für Freunde eines gesunden, kernhaften Humors war der vortrige Vortragabend Konrad Dreher's ein Fest. Zur Einleitung plauderte der bayerische Minister in anregender Weise über den Humor der Bauern seiner Heimat, der wie die Romanistik einen Teil ihres Wesens ausmache. Er schilderte die lustigen Gebräuche bei Bauernhochzeiten, erzählte einiges über das berühmte Haberfeldtreiben und über seine komischen Erlebnisse mit den naturwüchsigen Mitgliedern seines Schiller'schen Bauerntheaters. Der zweite Teil des Abends brachte verschiedene hübsche Proben Münchener Humors; Gedichte und kleine Genrebilder von Ludwig Thoma, Karlchen Ettinger, Othni, Christian von Flügel und andere. Die feinsinnige Darbietung dieser Proben erntete den wohlverdienten Beifall; nicht weniger die eigenen Gedichte und Schababspül des Künstlers, obgleich dabei allerdings infolge der nicht immer ganz verständlichen Sprache manche Punkte unter dem Tisch fiel. Zum Schluß sprach Dreher über seine Erlebnisse bei seinen Wisnawitz- und Kaiserabenden und gab auch hier wieder einige ungelungene Scherze und Complais zum besten. Diese Vorträge fasste Emil Reiter in einen musikalischen Rahmen durch Zwischenspiele auf dem Klavier, die wesentlich zur Erhöhung der Stimmung beitrugen. Ein recht gelungener Abend wars, wie wir uns noch manchen wünschen.

„Rina“, ein vieraktiges Schauspiel des verstorbenen Leopold Kämpf, wird das Neue Theater in Frankfurt in den nächsten Wochen zur Aufführung bringen.

Zum Theaterbau der Freien Volkshöhne. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, dem Verein „Freie Volkshöhne“ eine erste Hypothek von zwei Millionen Mark für den Bau eines Theaters zu bewilligen. Das Theater soll 2000 Plätze umfassen. Der Verein besteht seit 7 Jahren und zählt jetzt 50 000 Mitglieder.

Die fünf Oernhaus-Entwürfe, welche von der Berliner Akademie des Bauwesens besonders lobend hervorgehoben worden sind, wurden jetzt Wilhelm II. vorgelegt. Der Kaiser hat sich dabei sehr unwillig über die lange Verzögerung ausgesprochen und den Wunsch geäußert, daß die Bauangelegenheit

mit der größten Beschleunigung betrieben werde. Von den fünf Entwürfen erregte angeblich in erster Linie die Entze von Breureim beim Kaiser Interesse. Dieser Entwurf sieht, ähnlich wie beim Kasseler Hoftheater, ein besonderes Geschloß zur Unterbringung der Repräsentationsräume vor. — Das also bleibt nach wie vor die Hauptfrage! ...

Eine deutsche Kunstausstellung 1650—1800 soll 1914 im Darmstädter Schloß stattfinden. Man hofft damit einer sehr vernachlässigten Epoche der deutschen Kunstentwicklung zu ihrem Rechte verhelfen zu können. Gelegentlich wird auch die Darmstädter Ministerkolonie ausstellen.

Gegen das Justizverfahren, dessen Opfer Hans Otho sowohl mit seinem Roman „Die Verführten“ wie mit der Hoff „Schlossermage“ geworden ist, veranstaltete der Schutzverband deutscher Schriftsteller Freitag abend 8 1/2 Uhr im Oerhaus eine Protestversammlung. Wolfgang Heine hielt das Hauptreferat, eine Diskussion wird sich anschließen. Es soll vor allem die prinzipielle Frage behandelt werden, ob Strafwerte, die angeklagt und freigesprochen wurden, durch eine Konfiskation, die dem Autor nicht zur Kenntnis kam und gegen die er darum nicht den Rechtsweg beschreiten konnte, trotzdem verboten bleiben dürfen.

In Sachen des Reichstheater-Gesetzes hat die Beratungskommission angeblich fast sämtliche Anträge, die die Genossenschaft bezüglich der Restität des Kündigungsschutzes, der Bolontärfrage und der Vorprobenfrage gestellt hatte, mit einigen geringfügigen Abänderungen angenommen. Nur bezüglich des Kündigungsparagrafen haben sich die Delegierten des Bühnenervereins ein gewisses Reservatrecht einzuweisen gesichert. (?) Im einzelnen soll beschlossen worden sein: Man bewilligt den Bühnenmitgliedern in dem neuen dem Bundesrat angegebener Gesetzentwurf eine zehnjährige Nachruhe. Zwischen der letzten Probe und der Aufführung muß eine Ruhepause von vier Stunden liegen. Die Toilettenfrage ist im Sinne des entsprechenden Paragrafen des österreichischen Bühnengesetzes entschieden; historische und moderne Kleidung muß dem Bühnenmitglied, das ein Gehalt bis zu 10 000 M. bezieht, geliefert werden. Die Bolontärfrage, die infolge der außergewöhnlich langen Sitzung nicht mehr besprochen werden konnte, soll in dem von der Bühnengenossenschaft geforderten Sinne in den Gesetzentwurf mit aufgenommen werden. Vorprobenstage müssen mit voller Tagesgage bezahlt werden. — Auf Grund des durch die Konferenz neu gewonnenen Materials wird im Reichstag des Innern ein neuer Entwurf ausgearbeitet und dem Bundesrat vorgelegt werden. Man wird aber nicht ein besonderes Reichstheater-Gesetz schaffen, sondern es, wie das ja auch belanntlich der vorläufige Entwurf tut, bei einer Wänderung der Gesetzesordnung belassen lassen.

(Fortsetzung folgt.)

gesprochen hat, den Genossen Kolb zu hören, so erwarten wir, daß sie nicht unterlassen wird, um für einen guten Beschluß der Versammlung zu agitieren.

7. badischer Wahlkreis. Die Vertrauensleute und Kassierer werden ersucht, umgehend Abrechnungen und Gelder vom 2. Quartal einzufenden. Ebenso ist bezüglich der bestellten Kalender und Protokolle abzurechnen, resp. die Gelder abzuführen. Der Kreisvorstand.

Freiburg, 8. Jan. Landtagskandidaturen. In einer Parteiverammlung wurden heute abend von der Sozialdemokratie die Kandidaten für die drei Freiburger Landtagswahlkreise aufgestellt. Da der bisherige Abgeordnete Kräuter eine nochmalige Kandidatur ablehnte, wurde an seine Stelle Parteisekretär und Stadtrat W. Engler für den 2. Bezirk nominiert. Als Kandidat für den 1. Bezirk bestimmte man Arbeitersekretär Marzloff, für den 3. Redakteur K. Weisbach.

\* Oberbach, 8. Jan. Im 88. Wahlkreis (Amtsbezirke Heidelberg und Eberbach) wurde Parteisekretär Gen. E. Maier in Heidelberg als Kandidat der sozialdemokratischen Partei aufgestellt.

\* Kirchheim (A. Seidelberg), 8. Jan. In einer am letzten Sonntag in Kirchheim abgehaltenen Konferenz für den 55. Landtagswahlkreis wurde der bisherige Abgeordnete Genosse Gg. Pfeiffle-Wannheim wieder einstimmig als Kandidat der sozialdemokratischen Partei für die nächste Landtagswahl aufgestellt.

### Sozialdemokr. Preusentag.

Man ist gewöhnt, daß die sozialdemokratischen Parteitage auf einer anderen Höhe stehen, als ähnliche Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien. Man stellt aus diesem Grunde auch schon weit höhere Ansprüche an die sozialdemokratischen Parteitage. Ueber den Preusentag muß gleichwohl gesagt werden, daß insbesondere der zweite Verhandlungstag auf einer außerordentlich hohen Ebene stand. Die Vormittagsung wurde fast vollständig ausgefüllt durch Verhandlungen über die Landarbeiterfrage. Eine Reihe sehr sachverständiger Redner marschierte auf und schilderte die Lage der Arbeiter und machte Vorschläge zur Abhilfe dieses Elends, insbesondere die Gen. Geyer, der selbst Grundbesitzer in Ostpreußen ist, Kagenstein, Heyde-Brandenburg a. M., Reus u. a., gaben ihre Erfahrungen zum besten und machten Vorschläge zur Lösung der Lage der Armen unter den Arbeitenden. Die Genossin Juch hatte sich zur Aufgabe gestellt, besonders die Kinder- und Arbeiterinnen-Ausbeutung zu schildern und entsprechende Vorschläge daran zu knüpfen. Nach einem vorzüglichen Schlusswort des Vorsitzenden des Landarbeiterverbandes, Schmidt, wurde die von der preussischen Landeskommission vorgelegte Resolution mit einigen Verbesserungen angenommen.

Nummer trat der Parteitag in die Beratung der Wahlrechtsvorlage ein. Genosse Ditzsch füllte die Vormittagsung noch mit seinem Referat aus und sprach bis nachmittags 4 Uhr. Er bekämpfte nachdrücklich die von Eisner und Bernstein gemachten Vorschläge, die dahin gehen, schon bei den Wahlen die Liberalen zu unterstützen, um möglichst die Mehrheit der Konservativen zu brechen. Hierfür stellt sich rückhaltlos auf den Boden der bereits veröffentlichten Resolution, die er in allen Teilen verteidigte und erweiterte.

Bei Beginn der Diskussion waren circa 20 Redner eingezeichnet, jedoch auch der Mittwochvormittag noch vollständig von der Erörterung der wichtigen Frage in Anspruch genommen werden dürfte. Die große Zahl der Redner, die bisher zum Wort gekommen sind, so die Genossen Geyer, Reus, Gerdorf, Ströbel, Dittmann-Brandenburg a. M. und die sozialdemokratischen Wähler schon von den Anwesen an den Tischen der Linken bis zu spannen. Dagegen stellte sich insbesondere Genosse Bernstein auf die andere Seite, er verteidigte eingangs seiner längeren Ausführungen Eisner, erklärte aber dann, daß er seinen Vorschlägen nicht beigutreten vermöge, er wolle nur haben, daß Stichwahlhilfe nicht von der Gegenleistung abhängig gemacht werde. Ein ähnlicher Standpunkt kommt zum Ausdruck in einer Resolution der Abgeordneten K. L. H. und Dr. Landsberg. Beide betonen, daß es am besten sei, eine ganz kurze oder gar keine Resolution anzunehmen und der Landeskommission vollständig freie Hand zu lassen. Die Stimmung des Parteitags ist so, daß an der An-

nahme der Vorschläge der Landeskommission kaum zu zweifeln ist. Gegen 7 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen.

### Gewerkschaftliche Arbeit im Jahre 1912.

In einem Rückblick auf das Jahr 1912 bespricht das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands die wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Erfolge des vergangenen Jahres, die bei den Arbeitern nicht volle Befriedigung auslösten konnten. Obwohl es im allgemeinen aus eines der günstigsten Wirtschaftsjahre angesehen werden darf, trat Minderbeschäftigung und vermehrter Andrang am Arbeitsmarkte doch in schärferem Maße als im Vorjahre ein. Nicht die Kriegsgefahr, sondern innere Ursachen beeinflussten diesen ungünstigen Wirtschaftstand. Die Nachwirkungen der schlechten Ernte des Vorjahres und die gesteigerte Fleischnachfrage verurteilten das ungünstige Bild auf dem Arbeitsmarkte des Jahres 1912.

Die Zahl der Beschäftigten hob sich nicht in gleichem Maße wie im Vorjahre über die Beschäftigungsziffer vom Jahreschlusse, sondern sie blieb bis um 2,2 Prozent zurück und der Andrang der Arbeitsuchenden war durchweg höher als im Vorjahre und ging erst vom September an stark zurück.

Die Steigerung der Lebensmittelpreise betrug für eine vierköpfige Arbeiterfamilie im Durchschnitt 2,01 Mark pro Woche mehr, als in gleichen Monaten des Vorjahres. Bei dieser unbefriedigten Wirtschaftslage wird es erklärlich, wenn die Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaften nicht alle Erwartungen erfüllt. Die Lohnkämpfe zeigten einen auffallenden Rückgang. Die Mitgliederzunahme hielt sich in engeren Grenzen als in den Vorjahren. Nach vorliegenden Abrechnungsziffern des 3. Quartals von 30 Verbänden, ergänzt durch die Schätzungsziffern der Arbeitslosen-Statistik des Reichsarbeitsblattes vom Ende September des 21. Verbänden, konnte die Mitgliederzahl gegenüber dem 3. Quartal des Jahres 1911 ungefähr festgestellt werden. Diese 51 Organisationen (einschließlich der Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter) zählten am 30. September 1912 insgesamt 2.595.650 Mitglieder gegenüber 2.394.894 Mitgliedern am Ende des 3. Quartals 1911. Es ergibt sich daraus eine Zunahme von 200.756 Mitgliedern oder 8,38 Prozent. Im Vorjahre hatte die Zunahme 309.020 oder 12,90 Prozent betragen. Nimmt man die Zuwachssquote von 8,38 Prozent auch für die Jahresabschlussziffern an, so darf man mit einer Mitgliederzunahme von 202.918 Mitgliedern und einer erreichten Mitgliederzahl von 2.624.376 oder rund 2 1/2 Millionen rechnen. Das Korrespondenzblatt meint: Wenn dieser Fortschritt auch nicht völlig befriedigend sein darf, so darf doch die wenig günstige Gesamtlage des Berichtsjahres nicht unberücksichtigt bleiben, die viele Organe auf die Erhaltung des Status quo beschränkt und größere Erfolge erwidert. Doch 41 Verbände hatten einen Mitgliederzuwachs und nur zehn einen Rückgang. Transportarbeiter und Metallarbeiter stehen mit rund 35.000 Mitgliederzunahme an erster Stelle, dann folgen die Bauarbeiter mit rund 27.000, Fabrikarbeiter mit 20.000, Holzarbeiter mit 14.000 und Textilarbeiter mit 13.000. Die Verbände, die einen Rückgang aufwiesen, haben auch nur insgesamt 4.240 Mitglieder oder 1,19 Prozent verloren. Starke Zunahme war ebenso ausgeschlossen wie starke Abnahme.

Die organisatorische Konzentrationsbewegung in den Gewerkschaften, die vielfach in Berichtsjahre zu Zusammenschlüssen einzelner Verbände führte, hat in Unternehmungskreisen das gleiche Bestreben hervorgerufen. Die Gewerkschaften wurden durch diese Taktik der Unternehmer, die Kampfmittel zu erweitern, dazu gedrängt, ebenfalls ihre Kampfmittel zu verbessern. Seit dem Dresdener Gewerkschaftskongress sind Erwägungen im Gange, die freiwillige Streikbeihilfe für außerordentliche Kämpfe

in eine obligatorische Streikunterstützung auf dem Wege des Umlageverfahrens umzuwandeln. Bis zum nächsten Kongress wird dieser Plan zur Entscheidung reif sein.

Von den Lohnkämpfen ragt der der Ruhrbergarbeiter besonders hervor. Nur in der Porzellanindustrie, im Schneidergewerbe und in der Metallindustrie fanden Kämpfe größeren Umfangs statt. Das Korrespondenzblatt meint mit Bezug auf den Ruhrbergarbeiterstreik, daß, so wenig das Gebiet der eigenen Gewerkschaftsorganisationen verkümmert werden darf, so müßte doch in Voraussicht längerer und umfangreicher Streiks für eine ausreichende Rückendeckung der Arbeitermassen Vorkehrungen getroffen werden, damit ihre Widerstandskraft nicht ins Wanken gerät, wenn es gilt, auszuhalten. Damit könnten auch die Gewerkschaftsführer mit größerer Zuversicht die Verantwortung für die Weiterführung solcher Kämpfe übernehmen.

Nach Erwähnung des für die Arbeiterbewegung vorteilhaften Zusammenwirkens von Gewerkschaften und Genossenschaften, das zur Gründung der „Volkswirtschaft“ führte, des schönen Wahlerfolgs der sozialdemokratischen Partei und des Kampfes um ein verbessertes preussisches Wahlrecht, weist das Korrespondenzblatt auf den gegen die internationale Kriegsgefahr in Basel abgehaltenen Friedensdemonstrationskongress hin. Es reumitiert, daß das Jahr 1913 wahrscheinlich ein Kampfsjahr in mehr als einer Hinsicht werden wird. Noch wissen wir nicht, welche Komplikationen der Balkankrieg nach sich ziehen wird. Aber auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet ständen große und schwere Kämpfe in Aussicht und die Arbeiter täten gut, ihre Organisationen nach beiden Richtungen hin so zu stärken, daß diese dem Anprall in jedem Augenblicke gewachsen seien. Die deutsche Arbeiterkraft aber wird diesen Kämpfen mit gewohnter Zuversicht entgegensehen und feinerlei Anstrengungen scheuen, um neue Erfolge den früheren anzuschließen.

### Soziale Rechtspflege.

Wann sind die im Betriebe tätigen Familienangehörigen fränkerversicherungspflichtig? Von neuem hat das badische Verwaltungsgericht — wie andere Gerichte auch schon — dazu erkannt, daß Familienangehörige, die im Betriebe des Sams- bahnungsbetriebes tätig sind, nicht so ohne weiteres dem Versicherungszwange unterworfen sind. Nur dann, so meinte das genannte Gericht, sind Familienmitglieder versicherungspflichtig, wenn ihrer Beschäftigung im Betriebe des Familienhauptes ausdrücklicher oder stillschweigender Arbeitsvertrag vorliegt, auf Grund eines Arbeitsvertrages stattfindet. Ob ein Arbeitsvertrag vorliegt, kann nur von Fall zu Fall, unter Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse, entschieden werden. Dabei ist davon auszugehen, daß das Arbeiten eines Familienmitgliedes im Betriebe des Familienhauptes noch nicht genügt, um den stillschweigenden Abschluß eines Arbeitsvertrages anzunehmen, vielmehr muß festgestellt sein, daß sich die Arbeiten des Familienangehörigen nicht als Ausfluß des Familienverhältnisses, nicht als eine natürliche Folge des Aufenthaltes im Hause des Familienhauptes oder als eine Hilfeleistung darstellen, sondern sich für den Betrieb des Familienhauptes so notwendig erweisen, daß in Ermangelung des Familienangehörigen andere Arbeitskräfte eingestellt werden müßten, und daß die Gewährung des freien Unterhalts und eines etwaigen Verdienstes als wirtschaftliche Entgelt für die geleistete Arbeit anzusehen ist.

In dem zur Entscheidung stehenden Falle war der Kläger ein alter, durch verschiedene Gebrechen in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkter Mann, der im Hauswesen und in dem kleinen Betriebe seines Sohnes mithalf. Seine Dienste stellten sich dar als eine im Hinblick auf das Familienverhältnis geleistete Hilfeleistung, während ihm von dem Sohne Unterhalt und ein wöchentliches Taschengeld in Erfüllung der gesetzlichen Erziehungspflicht gewährt wurde. Von einem im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis kann unter diesen Umständen keine Rede sein. (Bad. Verwaltungsger., 14. 2. 12.)

### Posttheater Karlsruhe.

#### Zum erstenmal: „Ein Waffengang.“

Auffspiel in 3 Akten von Ost. Blumenthal. Eigenartige Leistung: Otto Kienischer. Oskar Blumenthal, von dem man meistens nur „Kompanie“-Arbeit gewöhnt ist, bedachte uns diesmal mit einer Einzelarbeit, bei der er auf die Unterstützung seines bekannten Sektiers Kadelburg gänzlich verzichtete und so das beliebte bon-mot: „Lustspiel ohne Lust“ wieder umkehrte. Die Erstaufführung seines „Waffengang“ am Dienstag letzte, nicht den geeigneten Weg zum sonnigen Lustspielhumor zu finden weiß, sondern, daß Kadelburg ihm ein glücklicher Weggefelle und Waffengewehr dorthin gewesen sein mußte. Denn was uns der Theaterzettel als „Lustspiel“ verkündet, dürfte nicht so ohne weiteres als solches stillschweigend in Kauf genommen werden. Wer sich noch des „Weißen Röhls“ erinnert und nun hofft im „Waffengang“ ähnliches anzutreffen, der täuscht sich ganz entschieden. Gelacht wird während der drei Akte nur sehr wenig. Dieses Lachen gleicht aber nicht mehr jener stürmischen Heiterkeit und Herzlichkeit, mit der die früheren Lustspiele Blumenthals aufgenommen wurden; es ist mehr ein amüsiertes Lächeln über geschickte Konversationsplättchen und witzige Geisteserlebens. Wo früher die „Lustspiel“-Kompanie gänzlich den Witz, drastische Komik und überprüfenden Humor verschwendend ausstreute, läßt Blumenthal jetzt schone rednerische Konversation und breit ausgesprochene Zwiegespräche den inhaltlichen Schwerpunkt bilden. Ueberhaupt leidet das ganze Lustspiel an unnötiger „Länge“, die außerdem noch durch unangenehm wirkende Mißverständnisse empfindlich fühlbar wird. Es sei z. B. nur an die übergoße Szene des 3. Aktes erinnert, in welcher sich der Graf und Yvonne mit wahrhaft ergreifender Mißverständlichkeit die Verbindungsringe wieder zurückgeben. Solche Szenen schwächen entschieden den Lustspielcharakter. Selbst sogar die Grundidee dieses Lustspiels vermag nicht so recht anzupacken, denn ein einhergehender denkender Mensch kann sich bei allem guten Willen nicht in die Tatsache hineinfinden, daß ein geistvoller Schriftsteller, nachdem sich sein Duellgegner als bildhübsche junge Dame entpuppt hat, einen soch widerwilligen Waffengang ernstlich annehmen kann. Die Grundidee für sich allein wäre angetan, einen ganz allerliebsten Einakter zu ermöglichen, so daß ohne empfindliche Einbuße für die Dornblume der übrige Aufwand von Gesellschaftsfiguren wegfallen könnte. Aber für 2 oder 3 Akte das Auswachen Phantasie auf ihrer Duellforderung auszuüben, ist etwas reichlich stark und kann ein denkendes Publikum weder fesseln noch in Stimmung halten. Daß selbstverständlich einige Wortspiele von guter Wirkung waren, braucht hier weniger als besonderes

Verdienst hervorgehoben zu werden, denn in einem Lustspiel kann man diese ja berechneterweise verlangen.

Die Aufnahme dieses neuen „Blumenthals“ war seitens des Publikums wohl eine freundliche — aber durchaus mäßige! Geipielt wurde durchaus flott und lebendig. Besonders gilt dies von Alwine Müller als Yvonne. Felix Baumhach als der geforderte Schriftsteller Dardois hatte unstreitig gute Momente, doch befremdet uns die Besetzung eines Lustspiel-Heldens mit dem Verdäppter undwüßiger Jagos und Richards noch zu sehr. Eise Roman war eine prächtige Wanda, die besonders im dritten Akt herrliche Töne angeschlagen wußte. Supo Söder als heiratslustiger Graf Loferrière und Wili. Wassemann als Baron Cannibau hatten ihre Rollen sehr wirksam herausgearbeitet. Besonders verdient Marg. Pir für ihre brillante Tappe als Schloßherrin volles Lob. Auch die übrigen Darsteller fanden sich, je nach Bedeutung ihrer Aufgabe, vorteilhaft in das Ensemble ein. Otto Kienischer ließ dem Werk eine sorgfältige Einföhrung zuteil werden und half dadurch über manche inhaltliche Ungenauigkeit hinweg. W. Sch.

### Kleines Feuilleton.

#### Eine ergötzliche Jagdgeschichte

wird in Mannheim erzählt. Kommt da kürzlich ein Nimrod an die Pforte der Fabrik W. mit der Bitte um Einlaß, er wolle sich einen Hasen holen, welcher von ihm angebetet worden war und im Kobereingen noch durch die Umarmung der Fabrik durchgeschlüpft sei. Man gewährte dem Betenden den Eintritt und glaubte ihm damit eine Freundlichkeit erweisen zu haben; man hatte sich aber geäußert, denn am andern Tage ging das folgende Schreiben ein:

Firma G. . . . f. . . . W. . . . Im Auftrag der Jagdpächter der Mannheimer Jagdgesellschaft, Herren O. L., A. D. und E. S. teile ich Ihnen mit, daß ein Gase infolge einer Oeffnung Ihres Baunes gegen die Eßigsäure in Ihr Fabrikgebäude gelangte und dort in eine Säurefäule fiel, so daß er nicht mehr verwendet werden kann. Ich frage Sie daher an, ob Sie diesen Hasen, welcher 3,90 Mk. kostet, bezahlen wollen, derselbe steht Ihnen in dem Jagdgelände der Firma G. u. S. zur Verfügung. Falls ich nicht bis längstens morgen abend Antwort habe, werde ich diesen Hasen vernichten lassen und Ihnen dann Kostenrechnung überreichen.

Sodachtungsdooll! Man n-h-eimer Jagdgesellschaft geg. S. A.: E. S. Hierauf erfolgte folgende Antwort:

Wir besitzen Ihr gefl. Schreiben vom 28. et. und haben mit großem Interesse davon Kenntnis genommen, daß Sie für Ihren Hasen, welcher gestern unbefugterweise in unseren Fabrikbetrieb eingeschlagen ist, Schadenersatz im Betrage von 3,90 Mk. verlangen.

Der faul. Gase ist in unseren Schwefelkohlenstoffbetrieb gelangt und dort in eine mit geschmolzenem Schwefelnatrium gefüllte Kamme geprüngen, wodurch er erheblichen Schaden verursacht hat. Wir müssen nicht nur Ihren Anspruch auf Ersatz des Hasen ablehnen, sondern sind im Gegenteil verpflichtet, Ihnen Schadenersatz über den und durch Ihren Hasen verursachten Schaden aufzustellen. Das Betreten unseres Fabrikbetriebes ist allen Unbefugten strengstens untersagt und müssen wir Sie ebenso höflich wie dringend bitten, Ihre Hasen in diesem Sinne zu instruieren. Hochachtungsvoll! B. . . . G. . . . f. . . . W. . . .

Eine typographische Merkwürdigkeit, ein Buch, das weder gedruckt noch geschrieben ist, befindet sich im Besitz der Familie der Fürsten von Ligne. Es handelt von den beiden Christ und war schon 1640 eine Seitenarbeit; die Buchstaben sind, nach einer Notiz des „Deutschen Buch- und Steindruckers“, in die Seiten eingeschrieben, wobei der besseren Lesbarkeit halber abwechselnd das eine Blatt weiß, das andere blau ist. Besonders bewundernswert ist die mühsame, absolut gleichmäßige Ausführung der Buchstaben, die wie von der Maschine geschritten scheinen. Wann das Buch in den Besitz der Fürsten von Ligne gekommen ist, läßt sich schwer sagen. Vielleicht erwarb es der österreichische Feldmarschall Karl Josef Fürst von Ligne, der mit den hervorragenden Geistesern seiner Zeit, wie Friedrich dem Großen, Rousseau, Voltaire, Goethe, Wieland, Schlegel in literarischer Verbindung stand.

Bildschmuck im Eisenbahnwagen. Für den schönen Plan, unsere Eisenbahnwagen mit künstlerischen Skulpturen und Landschaftsbildern zu schmücken, hatte der Bund Deutscher Verkehrsvereine gemeinsam mit der Leipziger Akademie für graphische Künste und dem Deutschen Buchgewerbeverein einen Wettbewerb ausgeschrieben. Mehrere hundert Bildschmuckentwürfe wurden eingereicht, die in Rahmen unter Glas in den Eisenbahnwagen angehängt werden sollten, vorläufig in denen der preussischen Reichsbahn und schließlich-lothringischen Eisenbahnverwaltung. Das Ergebnis des Wettbewerbs, dessen Preisrichter unter anderen Max Pfinger und Max Seliger waren, hat gezeigt, wieviel Interesse unsere Künstlerchaft an den Schönheiten der Heimat hat. Neunzehn Bilder wurden preisgekrönt und angehängt, darunter Arbeiten von Ulrich Günter, M. Stern, W. Schöde, Hans Hartig.

Aus dem Lande.

Ettlingen.

Dischpreis für den heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, stattfindenden Markt im süd. Spritzenhaus; Schellfische 82, Brattische 20, Stabliau 28, Langfisch 28, Seelachs 24, Goldbarsch 35, Schollen 40 Pfg per Pfund.

Die Bahnhofsfrage der Albtalbahn ist, nach Neuherungen der beiden hiesigen Blätter, wieder in ein neues Stadium getreten. Der „M. C.“ weiß zu berichten:

Die Frage der Verlegung des Endbahnhofes der Albtalbahn ist in den allerletzten Tagen wieder von der groß. Generaldirektion behandelt worden, harret aber immer noch der endgültigen Entscheidung. Diese liegt beim Finanzministerium, welches, wie Herr Ministerialdirektor Schulz am 8. Januar einer Abordnung gegenüber erklärte, derzeit eine abwartende Stellung einnimmt. Das Ministerium hält eine Einigung der Parteien nicht für ausgeschlossen. Die Stadt Karlsruhe macht den ernstlichen Vorschlag, die Albtalbahn unter Verlegung einer dritten Schiene in ihre Straßenbahnlinie der Ettlinger Straße einzuführen. Dieser Kommission wurde erklärt, daß nur kurze Züge bis in die innere Stadt fahren dürften, daß es aber völlig ausgeschlossen sei, die langen Züge in die Stadt fahren zu lassen. Eine andere Nachricht ist bei den Herren bis jetzt nicht eingetroffen.

Der „Bad. Landsm.“ läßt sich in derselben Frage von zuverlässiger Seite mitteilen, die Verlegung der Endstation der Albtalbahn sei vom Ministerium bereits endgültig entschieden. Beim Staatsbahnhof in Karlsruhe werde eine Haltestelle mit Wartesaal errichtet, die Bahnlinie selbst aber bis zur Gartenstraße weitergeführt und dortselbst der Endbahnhof erbaut. Die Direktion der Albtalbahn konnte die Nachricht des „Landsm.“ nicht bestätigen.

Es scheint also zu einer definitiven Regelung der Frage noch nicht gekommen zu sein. Interessant wäre es aber, zu erfahren, wer die Abordnung, von welcher in den Berichten die Rede ist, welche beim Ministerialdirektor Schulz vor sprach, ist. In öffentlichen Versammlungen im Albtal und in Ettlingen wurden Kommissionen resp. Kommissionenmitglieder gewählt, diese erhielten damit von den Versammlungsteilnehmern den Auftrag und das Vertrauen, in dieser Frage das Interesse der Albtalbewohner, der des Hingelplatus und der Stadt Ettlingen zu wahren. In der Ettlinger Versammlung selbst wurde der Kommission ein Arbeitermitglied beigegeben und dieses aus der Erkenntnis heraus, daß die Arbeiterfrage ein eminentes Interesse daran hat, daß die derzeitige Fahrstraße der Albtalbahn nicht gekürzt wird. Die „Oberkommission“ hat es aber bisher nicht für nötig befunden, auch nur einmal eine Sitzung oder Besprechung einzuberufen; es müßte denn sein, daß man das Ettlinger Arbeitermitglied absichtlich nicht dazu eingeladen hätte, und damit liegt auch der Gedanke nicht fern, daß es verabschiedeten anderen ebenso erging. Eine diesbezügliche frühere öffentliche Besprechung wurde mit „Uebersehen“ usw. entschuldig. Das mag damals vielleicht wahr gewesen sein, heute aber wird man an ein neuerliches Versehen nicht mehr glauben. Wir werden vielmehr wider Willen immer mehr der Überzeugung, daß die ganze Aktion persönlicher Effektivität diene, welche die „Kommission“ gefällig garnieren soll. Das ist im Interesse der auf dem Spiele stehenden Sache zu bedauern, doppelt bedauerlich ist aber, daß es Herr Landtagsabgeordneter Gierich, welcher an der Spitze steht, nicht weiter gebracht hat. Vielleicht empfinden es die beteiligten Herren sehr, daß ihr Verhalten nicht den Forderungen des gewöhnlichen Anstandes entspricht.

Baden-Baden.

Die ordentliche Generalversammlung des Internationalen Klubs beschäftigte sich mit dem Rechnungsabluß und dem Budget für 1913, welches eine abermalige Erhöhung der Kernpreise von 545 000 auf 615 000 Mfl. vorliest. Das Budget wurde genehmigt und Johann beschlossen, das diesjährige Meeting in der Zeit vom 22. bis 31. August abzuhalten.

Bürgerausschüttung. Die auf vergangenen Freitag, 3. Januar einberufene Versammlung des Bürgerausschusses war gut besucht. Die sozialdemokratische Fraktion war, wie immer, vollständig erschienen. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf den Umbau der höheren Mädchenschule an der Stefanenstraße, der dadurch nötig wurde, daß die Schülerinnenzahl in den letzten Jahren rapid gestiegen ist und die Räume zum großen Teil nicht mehr den heutigen Anforderungen der Hygiene entsprechen. Da wir diese Mängel nicht verkenne, gab unsere Fraktion die Erklärung ab, daß wir für die Vorlage stimmen, aber wünschen, daß in nächster Zeit auch an die Verbesserung oder Verlegung des Mädchenvolksschulhauses gegangen wird, da sich in diesem Gebäude dieselben Mängel herausgebildet haben. Die Liberalen traten diesem Wunsch bei und der Oberbürgermeister erwiderte, daß diese Frage des Mädchenvolksschulhauses mit dem Krankenhausneubau zusammenhänge und jedenfalls eine baldige befriedigende Lösung finden werde, da er hoffe, daß die Krankenhausneubau-Vorlage noch in diesem Jahre vom Bürgerausschuß verabschiedet und dann das alte Krankenhaus für die Mädchenvolksschule eingerichtet werden könne.

Der Punkt 2: Erweiterung der maschinellen Anlagen im süd. Elektrizitätswerk, wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da der Staat sich in Sachen des Strombezugs der Stadt gegenwärtig entgegenkommend gezeigt hat und bis zur Fertigstellung des Murgwerks der Stadt Strom aus dem Elektrizitätswerk zu sehr günstigen Bedingungen zur Verfügung stellt. Die Neuordnung der Baugesetze wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen. — Große Mängel hatten sich bisher in Bezug auf die Feuermeldebögen gezeigt. Der Stadtrat beantragte deshalb eine Zentralisierung des Feuermeldebewesens und in Verbindung damit eine Telefonzentrale auf dem Rathaus. Nachdem mehrere Stadtverordnete, auch unserer Fraktion, für die Vorlage gesprochen, wurde dieselbe einstimmig genehmigt. Die Stadt wird durch diese Einrichtung bedeutende Gebührenerparnisse machen. — Ganz rüchrichtig benachmen sich die „Fortgeschrittenen“ bei der Behandlung des Punktes Umlage der Kosten der Maximilianstraße. Sie verlangten, daß die sich allerdings hoch bemessenen Beiträge der Angrenzenden auf die ganze Straße verteilt werden sollten, also auch auf die bereits von der Gemeinde Lichtental fertiggestellte Straße. Die Herren wurden aber von unserer Seite darauf hingewiesen, daß die Angrenzenden an den hohen Kosten selbst mit schuld sind, da sie das Gelände so teuer wie möglich an die Stadt veräußerten, ja, daß gerade die Bemitteltesten es zur Entgegnung kommen ließen, während ein armer Tagelöhner sein Gelände der Stadt umsonst zur Verfügung stellte. Der Oberbürgermeister machte den Herren dann auch klar, daß diese Forderung gegen das Ortsstatut verstoßen würde. — Einstimmig und ohne Diskussion wurde die Festsetzung der Gebühren der Schützensatzmitglieder genehmigt. — Einem längst gefühlten Bedürfnis wurde mit der Genehmigung der Verbreiterung der Lichtentaler Straße beim Falkenhaldeweg entsprochen. Der neue Besitzer der Villa Werk stellte der Stadt Bedingungen betr. des Geländerverkaufs, die sehr vorteilhaft von denen seiner Nachbarn, den Angrenzern der Maximilianstraße, abwichen. — Eine längere Diskussion entspann sich über die Verachtung des Weilerischen Hofguts, da von unserer Seite angefragt wurde, ob die Stadt nicht bereit sei, dieses Gelände der Gemeinnützigen Baugenossenschaft zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister erwiderte, daß dieses Gelände für diesen Zweck vorläufig nicht in Betracht kom-

men könne, da die nötige Straße erst gebaut werden müßte, um das Gelände zu erschließen. Da die angestellten Ermittlungen aber ergaben, daß in hiesiger Stadt ein fühlbarer Mangel an guten billigen Wohnungen vorhanden sei, sei die Stadt gerne bereit, der Gemeinnützigen Baugenossenschaft das Gelände oberhalb der Dieteler-Sägemühle zur Verfügung zu stellen. Der Ratsbescheid des Weilerischen Hofgutes wurde alsdann einstimmig angenommen.

Offenburg.

Nicht weniger als 132 Bewerber haben sich um die ausgeschriebene Direktorstelle des hiesigen Gas- und Elektrizitätswerks gemeldet.

Durmersheim, 7. Jan. Die von dem Ortsrat veranfaßte Jahresendfeier war gut besucht und nahm einen sehr schönen Verlauf. Es wurde in jeder Beziehung Vorzügliches geleistet. Theater, turnerische Aufführungen sowohl wie die vorgetragenen Musikstücke fanden ungetheilten Beifall. Es soll hier erwähnt werden, daß der freien Turnerschaft die Souffleraufgabe bei diesem Feste zufiel, welche dieselbe in zufriedenstellender Weise löste und Zeugnis ablegte von ihrem Können. Es sei an dieser Stelle allen denjenigen, die zu dem guten Gelingen des Festes mit beigetragen haben, aufs herzlichste gedankt; besonders auch dem Gastgeber A. Kohn zur „Arone“ für seine vorzüglichen Leistungen auf dem Klavier, nicht weniger auch für die ausgezeichnete Verpflegung. Das Fest kam als je gelungen bezeichnet werden.

K. Adern, 8. Jan. Heute abend gegen 10 Uhr ertönte abermals der Ruf „Feuer“ durch die Straßen der Stadt. Im Trodenraum der Stuhlfabrik Romburg war Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr der Anhalt Alenau und die hiesige Feuerwehr waren rasch auf dem Brandplatze und wurde dadurch ein weiteres Umsichgreifen des Feuers verhindert. Wäre das Feuer nur einige Minuten später bemerkt worden, so wäre wahrscheinlich die ganze Fabrik ein Haub der Flammen geworden, da diese durch die vielen Holzborde reichlich Nahrung gefunden hätten. Das Feuer war bereits um 11 Uhr gelöscht. Der Schaden dürfte einige hundert Mark betragen.

Badenb., 8. Jan. Arbeiterzirkel. Beim Zusammenstellen eines Güterzuges auf der hiesigen Station geriet der verkehrte 38 Jahre alte Rangierer Feil zwischen die Räder zweier Wagen. Der behauerte Mann erlitt dadurch so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb.

Reiberg, 8. Jan. Todessturz. Der fast erbittete 84jährige Privatier Hr. Schaefer stürzte heute früh aus einem Fenster des 3. Stockwerks in den Hof, wo er mit zer splitterten Gliedmaßen tot aufgefunden wurde.

Eppingen, 8. Jan. Arbeiterzirkel. Der 40jährige Steinbauer G. Stöckinger von Sulzfeld, Vater von 10 Kindern, verunglückte in einem Steinbruch dadurch, daß ein schwerer Stein umstürzte und ihm das linke Bein sowie seinen linken Arm vollständig quetschte. Der Verunglückte erlag seinen schweren Verletzungen.

Wettheim, 8. Jan. Brand. In Reicholzheim wurde durch Feuer das Anwesen des Landwirts B. Wöhner und ein angebauts Wohnhaus zerstört. Anscheinend liegt wieder Brandstiftung vor.

Staufen, 8. Jan. In der hiesigen Stadtpfarrkirche wurde ein 20 Jahre alter Sattlergehilfe aus Ellwangen auf einer Kirchenbank ohnmächtig aufgefunden. Der junge Mann hatte auf der Wanderschaft seinen Geldbeutel verloren und seit 36 Stunden keine Nahrung mehr genossen. Man verbrachte ihn in das städt. Spital.

Ersingen, 8. Jan. Eine hochherzige Spende wurde 365 Arbeiterinnen, sowie Heimarbeiterinnen als Neujahrsgeschenk zuteil; alle, welche seit April 1912 bei der Seidenfabrik Stechl u. Cie. beschäftigt sind, erhielten je 20 Franken, zum Danke für die glückliche Rettung des Geschäftsinhabers Herrn Fröhlich und seiner Gattin beim Schiffungung der „Titanic“. Außerdem bekamen die Arbeiterfamilien und Armen des Dorfes sehr schöne Geschenke, druckbare Artikel und Epware. Gleichzeitig werden den Arbeitern und Arbeiterinnen noch Procente vom Jahresverdienst ausbezahlt nach den Arbeitsjahren 2-6 Prozent.

Singen a. S., 8. Jan. Der seit etwa 3 Jahren im Dienste der Schloßherzhaft Engenber beschäftigte Schloßgärtner wurde im Treibhaus des Gutes erhängt aufgefunden. Der Lebensmüde, 29 Jahre alt, hatte bereits in der Silvesternacht Selbstmordgedanken geäußert, dem man aber keine Bedeutung beilegte.

Nielasungen, 8. Jan. Das neue Jahr mit der ominösen Zahl 13 bringt einen hiesigen Mann, der sich bei der Arbeit verletzte, noch für ein Jahr Junggeselle zu bleiben. Seine Braut hat die abergläubige Auffassung, daß ihr eine Heirat im Jahre 1913 unglücklich bringe. Sie will deshalb bis zum Jahre 1914 warten und hofft dann in eine recht glückliche Ehe zu gelangen. Offenlich läßt sie sich nicht.

Der Arbeiterfangverein „Einigkeit“ in Achern bittet um Aufnahme folgender Erklärung:

In der Nummer 303 des „Volkstreu“ befand sich im Briefkasten der Redaktion eine Anfrage, welche sich mit dem hiesigen Arbeiterfangverein beschäftigte. Da der Fragesteller lediglich den Zweck verfolgte, den Verein in der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht zu stellen und im Verein selbst Zwistigkeiten herbeizuführen, müßten wir hierauf folgendes erklären: Die Sänger wurden von seiten des Musikvereins erfucht, an der vom letztgenannten Verein veranstalteten Familien-Unterhaltung mitzuwirken. (Also nur die Sänger, der ganze Verein war dabei nicht beteiligt). Da nahezu sämtliche Musiker auch gleichzeitig Sänger der „Einigkeit“ sind, wurde beschlossen, durch einige Vorträge an der Unterhaltung mitzuwirken. Vorgetragen wurden zwei Volkslieder: „Dahem“ von Karp. „Das einsame Kösslein im Tal“ von Hermes und „Dem Leuzenigenen“ von Ullmann. Soweit diese Chöre in Sängern und Arbeiterkreisen bekannt sind, überlassen wir es diesen, sich darüber ein Urteil zu bilden. Sollte der Fragesteller in seiner Anfrage diese Chöre genannt, so hätte er wahrscheinlich eine andere Antwort erhalten. Wir bezweifeln nicht, daß wir damit überall auftreten können und somit die freisinnliche Tendenz als Arbeiterfangverein auch in diesem Falle gewahrt haben.

Wir wollen noch nebenbei bemerken, daß die Arbeiterfänger (mit wenigen Ausnahmen) alle in der Gewerkschaft und in der Partei organisiert und auch Volkstreu-Mitglieder sind, daß sie bisher nachweislich jederzeit ihren Mann stellten, wenn es galt, Gewerkschafts- oder Parteiarbeit zu verrichten und die Interessen der Arbeiter zu fördern und zu wahren. Die Arbeiterfänger haben es jedenfalls nicht nötig, sich mit Hilfe einer ausgeborgten Monatskündigung Rat einzuholen.

Arbeiter-Fangverein „Einigkeit“ Achern. J. A.: Der Vorstand Robert Schinzel.

Landwirtschaftliches.

Die Tabakpreise sind im Offenburger Bezirk um ein Bedeutendes zurückgegangen. Im Anfang wurden 40 M. und mehr bezahlt, je nach Art und Qualität. Nun heißt der Zentner auf 26-33 M. Der Geschäftsgang ist sehr flau.

Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 8. Jan.

Wie am Karlsruher Gewerbegericht Tarife angelegt werden.

In der hiesigen Holzindustrie besteht ein Tarifvertrag, der einen Mindestlohn versichert. Dieser Lohn wird nun von allen soliden Firmen respektiert, nur vereinzelt versucht man denselben zu umgehen, indem man im Afford arbeiten läßt. Aber auch da besteht die Bestimmung, daß bei Affordarbeit der Stundenlohn zu garantieren sei, sofern der Preis für die Arbeit noch nicht käuflich festgelegt ist. Ueber diese klaren Bestimmungen setzt sich das Karlsruher Gewerbegericht ohne weiteres hinweg. Ein ganz eigenartiger Beweis hierfür ist folgender Fall. Der Schreiner Sch. klagt gegen Schreinermeister Lippelt auf Auszahlung von 237 M. rückständigen Lohn. Lippelt bestreitet, dem Arbeiter noch etwas schuldig zu sein, denn der Arbeiter habe einen Afford für 126 M. gehabt, daß Sch. dabei nicht auf seinen Stundenlohn von 48 Pfg. gekommen sei, wäre nicht seine Schuld.

Das Gericht beschließt, einen Sachverständigen darüber zu hören, ob der Affordpreis für die betreffende Arbeit den Verhältnissen entspreche und ob die Werkstatteinrichtungen so seien, daß ein Affordarbeiten möglich ist. Soweit ganz gut. Warum muß der Sachverständige gerade ein Arbeiter sein? Warum nicht ein Arbeitnehmer? Ist das Objektivität? Wäre es nicht dem Zweck entsprechender, durch einen Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Frage vom Gericht prüfen zu lassen, ob der Affordpreis für die herzustellende Arbeit ausreicht? Im Interesse der Gerechtigkeit sollten bei solchen Fragen zwei Gutachten eingeholt werden.

Man braucht an dem guten Willen der Arbeitgeber-Sachverständigen nicht zu zweifeln. Aber die Möglichkeit ist doch vorhanden, daß subjektive Auffassungen das Urteil beeinflussen können. Das Gericht beschließt, auf Grund des Sachverständigenurteils den Anspruch abzuweisen, es lieg aber dabei ganz außer Acht, daß selbst der Arbeitgeber-Verbandsangehörige ein Teil dieser Affordarbeit (3 Radttische) als zu schlecht bezeichnet, und daß im Tarifvertrag steht, daß bei Affordarbeit der vereinbarte Stundenlohn zu sichern sei.

Es darf da wirklich nicht wundernehmen, wenn in der Arbeiterchaft das Vertrauen zum hiesigen Gewerbegericht sinken und schon wiederholt Stimmen laut wurden, die fordern, daß eine Änderung in der Leitung des Gerichts stattfinden möge.

Für die Holzarbeiter aber wird die Lehre daraus zu ziehen sein, daß sie bei solchen Arbeitgebern, die ihre Arbeiter noch mehr ausbeuten wollen, als der Tarif zuläßt, die Affordarbeit zu vermeiden. — Die Werkstat Lippelt können wir nicht mehr empfehlen und es wäre schon besser, der Herr würde seine Produktion, die Werkstat zu schließen, aufhören.

Mühlburg — Franckenfektion.

Auf den heute abend 1/2 9 Uhr im „Stroh“ (Gardiststraße) stattfindenden Lesabend sei nochmals hingewiesen mit dem Ersuchen um zahlreiches Erscheinen der Genossinnen.

Jugendausflug.

Heute abend 8 Uhr: Vortrag im Nebenzimmer der „Wacht am Rhein“. Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Eine Studienreise. Oberbürgermeister Siegriff hat sich gestern mit einer Abordnung des Stadtrats zu einer Studienreise in das rheinisch-westfälische Gebiet begeben. Diese Reise steht im Zusammenhang mit der zurzeit hier aktuellen Verkehrsfrage. Die Abordnung wird auch Gelegenheit nehmen, auf Villa Hügel bei Essen Herrn und Frau Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach für ihre der Technischen Hochschule gemachte bekannte Stiftung namens der Stadt zu danken.

Verein Volksbildung. Sonntag, 12. Januar, nachmittags 1/2 2 Uhr, findet im Groß. Hoftheater eine Theatervorstellung statt und zwar „Die Herrgottsknechtchen“. Hierzu haben die korporativen Mitglieder die Anrede. Die Eintrittskarten werden Freitag, 10. Januar, abends 8 Uhr, verkauft und zwar: Für das Gewerkschaftskartell in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, für die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte in der Restauration zum „Auerhahn“, für die Mitglieder der Krankenkassen in der Restauration „Volkstisch“. Die Quittungsbücher sind zur Legitimation vorzulegen; dieselben können jedoch erst von 7 Uhr ab abgegeben werden.

Symphoniekonzert in der Festhalle. Wie bereits bekanntgegeben, wird das 3. vollständige Symphoniekonzert der Leibnizkapelle Dienstag, 14. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im großen Festhallsaal stattfinden. Das Programm verpricht auch diesmal einen hohen musikalischen Genuß. Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen sind im Vorverkauf bei den Hofmusikalienhandlungen Hr. Voertl, Kaiserstr. 159, Eingang Mittelstraße, Telefon 2008 (Plätze in der östlichen Hälfte des Saales) und Hugo Kunz Nachf., Inhaber Kunst Neufeldt, Kaiserstr. 114, Telefon 1860 (Plätze in der westlichen Hälfte des Saales), sowie im Kiosc des Fremdenverkehrsvereins beim Hotel „Germania“, Telefon 600 (ein Teil der nichtnummerierten Plätze) von heute Freitag, 10. ds. Mts. an zu haben. Die Eintrittspreise sind auch diesmal so niedriger gestellt, daß allen Bevölkerungsklassen Gelegenheit geboten ist, das Konzert zu hören.

Vergnügen und Unterhaltungen.

Die Bürgergesellschaft der Südstadt veranstaltet am morgigen Freitag abend 1/2 9 Uhr im „Ring Ludwig“, Müppurstraße 23, eine öffentliche Versammlung. Es soll in derselben die Forderung des für die Südstadt, Altstadt und Oststadt sehr wichtigen Projekts der Erbauung einer elektrischen Straßenbahn in der Müppurstraße besprochen werden. Hierzu sind die Mitglieder der Südstadt-Bürgergesellschaft wie auch alle anderen Interessenten freundlich eingeladen.

Residenztheater. Dem Kino ist nichts mehr unmöglich, kann man ruhig behaupten, wenn man sieht, wie in dem gegenwärtig zur Aufführung gelangenden Drama „Der Flug ums Leben“ sogar schon die Flugmaschine in den Bereich der Handlung gezogen wird. Das prächtig ausgestattete Drama enthält eine Reihe dramatischer Effekte. Das reichhaltige Programm enthält noch ein weiteres Drama „Liebe und Redi“ und außer einigen Humoresken noch hübsche Naturaufnahmen.

Neues vom Tage.

Liebesdrama.

Stuttgart, 8. Jan. In der Unterstadt hat heute früh 6 Uhr ein 34jähriger Schieferdecker eine 35jährige Verkäuferin, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, das dieses aber seit einiger Zeit abgebrochen hatte, durch drei Revolverkugeln getötet und sich dann selbst durch einen Schuß entleibt. Der Täter war in die Wohnung seiner

früheren Geliebten eingedrungen und erst gestern aus einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe entlassen worden, die ihm auferlegt worden war, weil er das Mädchen nach Ablehnung seiner Heiratsanträge wiederholt mit Gewalttätigkeiten bedroht hatte.

100 000 Mark verschwunden.

Hamburg, 8. Jan. Hier wurde gestern nachmittag bekannt, daß die Kiste mit 100 000 Mark geprägten Geldes auf dem Wege von Berlin nach Hamburg verschwunden ist. Das Gold sollte von Hamburg per Dampfer über Cap Blanca nach Rio de Janeiro geschickt werden. Bis jetzt sind keine Einzelheiten über den Diebstahl bekannt. Die Meldung hat bei London Bestürzung hervorgerufen.

Verworfenne Revision.

Leipzig, 8. Jan. Die Revision des Raubmörders Pietzenzki, der am 13. September v. J. den Rentier Fuß ermordete und beraubte, wurde gestern vom Reichsgericht als unbegründet verworfen und somit das Todesurteil bestätigt.

Gestohlene Schmuckstücke.

Dresden, 8. Jan. In der vergangenen Nacht wurden Schmuckstücke im Werte von 20 000 Mk. in der Villa des Kommerzienrats Kömisch in der Jägerstraße gestohlen. Der Verdacht lenkt sich auf das seit dem 1. Dezember dortselbst in Stellung befindliche 25 Jahre alte Dienstmädchen Chotaha, welches seit vergangener Nacht verschwunden ist. Die Spur der Geflüchteten führt nach Prag. Das Mädchen soll den Diebstahl angeblich mit ihrem tschechischen Liebhaber ausgeführt haben.

Letzte Nachrichten.

Die Landtagswahlparole der preußischen Sozialdemokratie.

Berlin, 8. Jan. Der sozialdemokratische Parteitag für Preußen nahm heute bezüglich der Landtagswahlen folgenden Beschluß an: In allen Wahlkreisen, in denen dies möglich ist, werden selbständige Wahlmänner aufgestellt; in den Wahlkreisen, in denen dies nicht möglich ist, wird für diejenigen bürgerlichen Wahlmänner gestimmt, welche das Versprechen abgeben, daß sie nur solche Kandidaten wählen werden, die für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die preußischen Landtagswahlen stimmen werden. Bei den Stichwahlen verlangt die Sozialdemokratie, wenn sie den Ausschlag gibt, die Abtretung eines Mandats. Wird dies bewilligt, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang außer für den sozialdemokratischen Kandidaten für den Kandidaten der betreffenden bürgerlichen Parteien. Wenn dies nicht bewilligt wird, so stimmen die sozialdemokratischen Wahlmänner im ersten Wahlgang nur für ihren Kandidaten und enthalten sich bei der Stichwahl der Stimme.

Schon wieder eine neue Militärvorlage.

Berlin, 8. Jan. Die „Post“ bringt in ihrer heutigen Abendausgabe die Nachricht, daß dem Reichstag voraussichtlich bereits im Januar die neue Militärvorlage zugehen werde. Als Inhalt dieser Vorlage bezeichnet das Blatt u. a. die bedeutende Erhöhung der Stärke der Kompagnien, die Nachforderungen der fehlenden dritten Bataillone, die Aufstellung der Kavalleriedivisionen schon im Frieden und die Einberufung der Ersatzreservisten zu einer Ausbildung mit der Waffe wie früher.

Generalstreik in Ungarn.

Budapest, 8. Jan. Wie verlautet, soll die sozialdemokratische Partei als Demonstration gegen die Reformvorlage die Veranstaltung eines eintägigen Generalstreiks planen.

Schon wieder ein politisches Duell.

Budapest, 8. Jan. Zwischen dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Graf Tisza, und dem Grafen Ador Szecsenyi, fand ein Säbelduell statt, weil Graf Szecsenyi schriftlich erklärt hatte, er habe den Gruß des Grafen Tisza nur irrtümlich erwidert. Szecsenyi erhielt einen Hieb am Kopf. Tisza blieb unverletzt. Abgeordnete der Regierungspartei bereiteten dem Grafen Tisza Ovationen.

Spanien und der Vatikan.

Madrid, 8. Jan. Graf Romanones bestätigte auf Befragen den Inhalt einer gestrigen Meldung der konservativen „Epoca“ dahin, daß die Befetzung des Botschafterpostens beim Vatikan schon zu Canalejas Lebzeiten beabsichtigt, aber wegen persönlicher Gründe des damals in Aussicht genommenen Grafen Sagasta nicht zur Ausführung gekommen sei. Ohne von der bisher verfolgten Politik abzuweichen, beschäftigt sich die Regierung jetzt mit dieser Frage und denkt ihre Wahl auf einen Politiker, nicht auf einen Diplomaten fallen zu lassen.

Die Londoner Verhandlungen.

Die türkischen Unterhändler bleiben in London.

London, 9. Jan. Die türkischen Friedensunterhändler hatten beschlossen, London zu verlassen, um sich nach Berlin und Paris zu begeben. Dort wollten sie die etwaige Wiederaufnahme der Verhandlungen abwarten. Der Entschluß der Unterhändler scheint jedoch wieder ins Wasser geraten zu sein, denn als der französische Botschafter Paul Cambon Osman Nisami Pascha mitteilte, daß auf der französischen Botschaft am Donnerstagabend ein Diner zu Ehren der Friedensunterhändler stattfinden, versprach dieser, die Abreise zu verziehen. Die Türken werden also auf alle Fälle bis Samstagabend in London bleiben. Vielleicht überlegen sie sich ihre Abreise noch einmal oder fahren auch noch nicht am Freitag oder Samstag. Das Ergebnis der bulgarisch-türkischen Sonderberatungen bei Tschataldscha wird auf ihre Abreise nicht ohne Einfluß sein.

Ein Vermittlungsvorschlag der Großmächte.

Wien, 9. Jan. Zur ernsthaften Diskussion steht augenblicklich der Vorschlag, der Adrianopel den Bulgaren zu geben und gleichzeitig das Empfinden der Türken schonen soll. Der Vorschlag ist vom Dreieck ausgegangen und soll bei der Triple Entente freundliche Aufnahme gefunden haben. Darnach verzichtet die Türkei auf Adrianopel. Dagegen werden die Sultansgräber internationalisiert und bleiben im Besitz der Moscheen, die gleich den Botschaften territorialisiert werden sollen. Die Türken können dort eine Wache unterhalten. Bulgarien ist mit dem Vorschlag einverstanden, während die türkischen Kreise noch Zurückhaltung zeigen.

Von den bulgarisch-türkischen Verhandlungen.

Konstantinopel, 9. Jan. Die Forts hat die direkten Verhandlungen mit Bulgarien wieder aufgenommen. Der Minister des Äußern Noradunghian und der Kriegsminister Nazim Pascha haben über die Tschataldshalinie eine lange Unterredung mit dem bulgarischen Generalissimo Samow gehabt. Das Ergebnis der Verhandlungen wird vorläufig geheimgehalten.

Die Lage im bulgarischen Hauptquartier.

London, 9. Jan. Aus Sofia wird gemeldet, daß die bulgarisch-türkischen Verhandlungen über die Kapitulation noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Forderung der Türken, daß die türkischen Truppen ihre Waffen behalten dürfen, wird von den Bulgaren abgelehnt. Im bulgarischen Hauptquartier glaubt man jedoch, daß die neuen Verhandlungen die Uebergabe der Festung bringen werden. Die täglichen Nahrungsrationen der Festungs-

garnison sind bereits auf ein Viertel vermindert worden. Ueber 80 000 Kranke sind ohne ärztliche Medikamente und leiden unter der Kälte, da in Adrianopel kein Stück Kohle und kein Holz mehr vorhanden ist. Das bulgarische Hauptquartier hat um die Entsendung von 30 bulgarischen Verwaltungsbeamten aus Sofia gebeten, die nach Uebergabe von Adrianopel die Zivilverwaltung der Festung übernehmen sollen.

Ein serbischer Vorschlag.

London, 8. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden die Mächte heute offiziell benachrichtigt werden, daß Serbien zum Beweise seines guten Willens bereit ist, im Interesse des allgemeinen Friedens Opfer zu bringen und sich entschlossen habe, unmittelbar nach dem Friedensschluß seine Truppen von der Küste des Adriatischen Meeres zurückzuziehen. Serbien hofft, daß Europa von seiner Mäßigung Kenntnis nehmen und keine weiteren Opfer verlangen wird, die außerhalb der Grenzen der Macht der serbischen Regierung sein könnten.

Briefkasten der Redaktion.

J. St., Bühlertal. Wir müssen uns erst erkundigen.

Briefkasten der Knallerbs.

M. R. 100 und J. R. 100. Sprechen Sie auf der Redaktion vor. J. R., hier. Nicht benutzbar, da kein allgemeines Interesse. R. 100. Sprechen Sie dieser Tage bei uns vor. Schreiben Sie eine Karte vorher, wann Sie kommen. J. W., Kattst. Nicht brauchbar. Ist zu persönlich und hat für die Allgemeinheit kein Interesse.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Kommunales und Feuilleton Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Siegler; alle in Karlsruhe, Luffersstraße 24.

Verbandsanzeiger.

Kleinleinbach. (Sozialdem. Verein.) Unsere Mitgliederbesammlung findet am kommenden Sonntag, 12. Januar, vormittags punkt 10 Uhr, im Gasthaus zum Adler statt. Wegen wichtiger Vorkommnisse ist es notwendig, daß alle Genossen erscheinen. Die Bürgerauschussfraktion hat vollständig antwortet zu sein. 4569

Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 11. Jan., abends halb 9 Uhr, im „Anter“ Mitgliederbesammlung mit Vortrag des Genossen Dietrich Karlsruher über „Moderne Jugendpflege“. 4570

Geschäftliches.

Für Gesunde, die gesund bleiben wollen, ist Sakkeiners Malzaffee das beste und beliebteste Getränk, denn er hat den nicht hoch genug anzuschlagenden Vorteil, daß ihm jegliche schädliche Wirkung auf Herz und Nerven vollkommen fehlt. Für Nervöse, Herzranke und Magenranke ist er daher besonders geeignet; aber auch Millionen gesunde Menschen und solche, die es bleiben wollen, geben Sakkeiners Malzaffee seiner Billigkeit, Ausgiebigkeit und seines Wohlgeschmacks wegen seit nahezu 25 Jahren vor anderen Morgen- und Nachmittagsgetränken den Vorzug.

Buchhandlung Volksfreund Luffersstraße 24.

Sieben erschienen: Ein leicht verständlicher Führer durch das Versicherungsgebiet für Angestellte. Preis 20 Pf., Porto 5 Pf. Für jeden Privatangehörigen ein unentbehrliches Nachschlagewerk von Geh. Reg.-Rat A. Düttmann. Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung. Preis brosch. 10 Mk., geb. 12 Mk. Heft 1 und 2 sieben erschienen. Die Erschütterung der Industriebetriebe und des Industriesozialismus von Gerhard Hildebrand. Preis 6 Mk., Porto 80 Pf. Sieben erschienen: „Der Neue Welt-Kalender 1913“, Preis 40 Pf., nach auswärts 10 Pf. Porto beifügen. Bestellungen nehmen die Trägerinnen und Filialinhaber entgegen.

# Grosser Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen.

Unsere Neubauten wollen wir möglichst mit nur neuen Waren eröffnen. Um nun mit alten Waren-Beständen zu räumen verkaufen wir dieselben nach beendeter Inventur

zu enorm billigen Preisen.

Besondere Angebote:

Seidenstoffe, Schuhwaren, Damenwäsche, Schürzen.

# HERMANN TIETZ

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß uns heute Nacht unser liebes Kind

Franzl

im Alter von über 5 Jahren nach schwerer Krankheit, jedoch schnell und unerwartet durch den Tod ent-rissen worden ist.

Die trauernden Eltern:

Franz Wehler u. Frau.

Karlsruhe den 8. Januar 1913.

Die Beerdigung findet Freitag Vormittag 11 Uhr auf dem hiesigen Friedhofe statt. 4564

Freie Turnerschaft Karlsruhe.

Samstag, den 11. Januar 1913, abends 7/9 Uhr, im Vereinslokal „Sambrunnhalle“, Ludwigsplatz:

ordentliche Haupt-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Aufnahmen; 2. Geschäfts- und Rechenschaftsberichte; 3. Anträge; 4. Neuwahl des Turnrats; 5. Bezirksturntag und Delegiertenwahl hierzu; 6. Verschiedenes.

Etwasige Anträge sind bis zum 9. Januar beim Vorstehenden schriftlich einzureichen.

Im Hinblick auf die große und wichtige Tagesordnung wird um besonders zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Der Turnrat.

Deutscher Transportarb.-Verband

Büro u. Arbeitsnachweis: Wilhelmstr. 47. Telef. 3109.

Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal „zum Rheinkanal“, Rheinstraße, Mühlburg,

Jahres-Generalsammlung

statt. Tagesordnung: Geschäfts- u. Kassenbericht, Neuwahl der Ortsverwaltung, Anträge und Verbandsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht. 4561

Die Verwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Filiale Karlsruhe. Samstag, den 18. Januar, abends punkt halb 9 Uhr, im Vereinslokal zur „Kronenhalle“, Kronenstraße, 4559

ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Beratung der eingelaufenen Anträge.

Anträge zur Generalversammlung müssen bis 16. Januar in den Händen des Vorstehenden, Kollegen August Karcher, Ostendstraße 10, sein.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Es wird gebeten, zur Legitimation das Verbandsbuch mitzubringen.

Die Filialverwaltung.

Gebrüder

Scharff

Kolonialwaren und Weine en gros

Büro: Douglasstr. 18 (von 8-12 u. 2-7 Uhr).

Telephon Nr. 3335. 4073

Detail-Verkaufsstellen:

Karlsruhe: Amalienstr. 23a

Wilhelmstr. 30

Rheinstr. 34a.

Kniellingen.

Teutschneureut.

Wir empfehlen 4512

Hülsen-Früchte

(Nur beste Qualitäten)

Erbsen, gelb per Pfund 18 und 20 Pfg.

Erbsen, grün, ungeschält per Pfund 20 Pfg.

Erbsen, grün, geschält p. Pfd. 20 u. 24 Pfg.

Linzen per Pfund 16, 20 und 24 Pfg.

Bohnen . . . . . per Pfund 18 Pfg.

sowie sämtl. Lebensmittel gut u. billigst.

Bilia zu verk.: 2 gleiche, halbranz. Bettstellen, Hülsen, neues, Polster Stuhl 16 Bl. Schützenstr. 37. 4572

Wegen Aufgabe eines Hans-halts sind verschiedene neue Möbel billig abzug. Händler verbeten. - Näheres Humboldtstr. 30, 2. St. 4568

Inventur-Verkauf

So lange Vorrat.

Einige Beispiele unserer aussergewöhnlichen Angebote

1 Posten Damenhandschuhe farb., 2 Druckkn. Inventurpreis Paar 48,-

1 Posten Herren-Socken grau, starke Winterware Inventurpreis Paar 38,-

1 Posten Herren-Socken grau, gestrickt, schwere Ware Inventurpreis Paar 48,-

1 Posten Herren-Socken gestrickt, Woll plattiert Inventurpreis Paar 65,-

1 Posten reinwollene Herren-Socken gestrickt Inventurpreis Paar 95,-

Ein Posten Damen-Strümpfe 1x1 gestrickt, schwarz reine Wolle Inventurpreis Paar 95,-

Kinder-Strümpfe, schwarz u. lederfarb. starke Winter-Ware

Größe 1 2 3 4 5 6 7 8

Paar 39,- 42 48 54 62 68 70 75

1 Posten schwarz gewebte Damen-Strümpfe engl. lang Inventurpreis Paar 19,-

Damen-Strümpfe schwarz, engl. lang Inventurpreis Paar 30,-

Damen-Strümpfe schwarz, ohne Naht Inventurpreis Paar 39,-

Marke „Bona“ rein wollener Damen-Strumpf 1x1 gestrickt Inventurpreis Paar 1.25

ca. 300 Stück Hufformen schwarz und farbig, darunter Wert bis 8.50

Stück 58,- 95,- 1.25 2.25

Taschentücher weiss, gebrauchsfertig Inventurpreis 1/2 Dutzend 75,-

Herren-Hosenträger gemustert und einfarbig Wert bis 1.35 Inventurpreis 65,-

Batist-Taschentücher weiss mit bunter Kante Inventurpreis 1/2 Dutzend 1.35

Taschentücher weiss Batist mit farbiger Kante Inventurpreis 1/2 Dutzend 1.50

Läufer, gez., Knötchenarbeit mit Spitzen, Inventurpr. 95,-

Decken, gez., Knötchenarbeit mit Spitzen, Inventurpr. 95,-

Stehumlegekragen in allen Weiten sortiert Inventurpreis Stück 30,-

Grosse Seidenstoffe für Blusen, uni und gemustert Inventurpreis Mtr. 75,-

Grosse Krawatten farbig Selbstbinder, Regattes und Diplomaten Inventurpreis Stück 35,-

1 Posten farbige Oberhemden mit uni Rumpf Inventurpreis Stück 2.25

Ein Posten farb. Garnituren Serviteurs und Manschetten Inventurpreis Stück 50,-

Restposten Herrenkragen Inventurpreis Stück 12,-

Während des Inventurverkaufs geben wir auf Trikotagen 10 Prozent Rabatt. Weiße Wäsche 10 Prozent Rabatt.

Auf sämtl. Pelzwaren geben wir 25% Rabatt.

Hermann

Schmoller & Co.

Bürgergesellschaft der Südstadt

Am nächsten Freitag, den 10. Januar 1913, abends halb 9 Uhr, findet im Lokale „Prinz Ludwig“, Rippurrerstraße 28, eine

öffentliche Versammlung

statt, zur Besprechung und energischen Förderung des für die Südstadt, Altstadt und Oststadt sehr wichtigen Projekts der Erbauung der elektr. Straßenbahn in d. Rippurrerstraße.

Hierzu werden unsere Mitglieder und alle Interessenten dringend eingeladen. 4560

Der Vorstand.

Verkaufe billig gebrauchte, noch sehr gut erhaltene Herren-Schuhe. D. Turner, Scheffelstr. 64.

Maschinenschriftliche Vervielfältigungen aller Art schnell und zuverlässig 4237 Reifenstraße 3, 2. St.



Städt. Seefischmarkt

Hauptmarkt: In der Fischmarkthalle hinter dem städtischen Bierordtbad am Donnerstag nachmittag von 3/4-7 Uhr und Freitag vormittag von 8-11 Uhr.

Filialmärkte: Durch den Verkäufer Hysf. Westfahl: In dem Hof des Eichamtes, Sofienstraße 96/98, am Donnerstag vormittag von 9-11 Uhr und nachmittags von 3-6 Uhr.

Oststadt: In der Georg-Friedrichstraße am Freitag vormittag von 8-11 Uhr. 4563

Stadtteil Mühlburg: Alte Rhein- und Vogesenstraße am Donnerstag nachmittag von 4/2-5 Uhr.

Karlsruhe, den 8. Januar 1913.

Städt. Schlacht- und Viehhofdirektion.

Konfirmanden-Auzug, wie neu, ist billig zu verkaufen. Ansehen von 10 Uhr vormitt. an. Waldstr. 52, Gts. 2. St.

Kinderwagen mit Gummi-Räder, wie neu, ist billig zu verkaufen. Amalienstr. 59, im Hof.

